

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

138 (17.6.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkassentisch monatl. 1.10 M., 1/2 jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftszeit: 1/2 8—1/2 1 u. 2—1/2 6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Platzangeben billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 9 Uhr vorm., für größt. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Beginn der österreichischen Offensive. Bisher 10 000 Gefangene und reiche Geschützbeute.

Wien, 16. Juni. (WZ. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Gestern früh griffen an der Piave und beiderseits der Brenta unsere Armeen nach mehrstündigem Artilleriemassenschuß die Italiener und ihre Verbündeten an. Die Heeresgruppe des Feldmarschalls von Boroevic erzwang sich an zahlreichen Stellen den Uebergang über die hochgehende Piave. Die Korps des Generalobersten Wurm nahmen nach Niederringen erbitterter Gegenwehr San Donna di Biave und beiderseits der Bahn Dederzo-Trevizo in breiter Front die feindlichen Stellungen. Die Truppen des Generalobersten Erzherzog Josef bemächtigten sich überraschend der Verteidigungsanlagen am Ostrand des Montello und drangen in diesem Höhen- gebiete ein. General der Kavallerie Fürst Schönburg wurde bei dem Uebergang seines Korps durch eine Granate verwundet.

Die Zahl der an der Piave eingebrachten Gefangenen beträgt 10 000, an erbeuteten Geschützen sind bisher etwa 50 gemeldet. Auch der erste Ansturm beiderseits der Brenta hatte Erfolg. Starke feindliche Widerstand brechend und alle Hindernisse des zerklüfteten waldreichen Gebirges überwindend, stießen unsere Truppen vielfach bis in die dritte feindliche Stellung vor, wobei 6000 Italiener, Franzosen und Engländer als Gefangene in unserer Hand blieben. Die damit gemachten Fortschritte vermochten wir aber nur teilweise zu behaupten. Westlich der Brenta mußte der Berg Roniero vorübergeben, durch flackerndes Geschützfeuer unterstützten Gegenangriff des Feindes wieder freigegeben werden, in dessen der Italiener an den Nordhängen der Gradva vergebens gegen unsere dort in seinen ersten Linien festgekammerten Bataillone vorstürmte.

In den Waldzonen der Siebengemeinden trafen unsere Regimenter auf eine von den Italienern schon in den Vorlägen vorbereitete Angriffstruppe, durch deren Gegenstoß ein Teil des eroberten Gebietes wieder geräumt wurde.

Bei Riba im Abschnitt des Majors Erzherzog Maximilian entriß sich den Italienern den Dossio Alto. Im Kammergebiet erlitten bewährte Hochgebirgsbataillone den Corno di Cabotto, wobei 100 Gefangene und 3 feindliche Geschütze eingebracht wurden.

In Albanien wurde am 14. Juni abends ein neuerlicher Angriff der Franzosen im Devolltale abgebrochen.

Der Chef des Generalstabes

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 16. Juni. (WZ. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Südwestlich von Merris und nördlich von Bethune wurden englische Keilangriffe, bei denen der Feind westlich von Locon in unsere vorderen Linien einbrang, im Nahkampf abgewiesen. An der übrigen Front blieb die Infanterietätigkeit auf Erkundungsgesuche beschränkt. Der Artilleriekampf lebte am Abend nördlich der Sys, nördlich der Scarpe und beiderseits der Somme auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Kleinere Infanteriegefechte auf dem Kampffelde südwestlich von Royon.

Südlich der Nisne dauerte erhöhte Geschützaktivität an. Starke Angriffe der Franzosen gegen Domniers wurden durch Gegenstöße auf der Höhe westlich von Domniers zum Scheitern gebracht, ebenso brach ein gegen unsere Linien im Walde von Billers-Cottierets gerichteter Angriff verlustreich zusammen.

Leutnant Wenzhoff errang seinen 34. Duffieg.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Verichtung roter Gardien am Njow'schen Meer.

Kiew, 15. Juni. (WZ. Nicht amtlich.) Die Heeresgruppe Gichorn veröffentlicht heute folgendes Telegramm an Generalfeldmarschall v. Gichorn: Eure Erzelenz melde ich einen vollkommenen Erfolg der mir unterstellten Gruppe westlich Taganrog. Meine Bataillone, Eskadrons und Batterien haben bolschewistische Rote Gardien, die unter dem Befehl eines tschechischen Offiziers seit dem 10. Juni, von Zeisk kommend, etwa 10 000 Mann, an der diesseitigen Küste des Njow'schen Meeres gelandet und zum Angriff gegen Taganrog vorgingen, nahezu vernichtet. An 3000 Tote der bolschewistischen Roten Garde

wurden bisher gezählt, ohne die im Wasser Umgekommenen. Unsere Verluste sind gering. General Ruderer.

Meldung des deutschen Heeresberichts vom 15. Juni: Osten: Heeresgruppe Gichorn. Etwa 10 000 Mann starke russische Banden, die von Zeisk kommend, in der Nisne-Bucht an der Nordküste des Njow'schen Meeres landeten, und zum Angriff auf Taganrog vorgingen, wurden vernichtet. Teile des Feindes, die auf Booten und Flößen zu entkommen versuchten, wurden im Wasser zusammengeschossen.

Die Erfolge der Armee Suttier.

WZ. Berlin, 15. Juni. (Nicht amtlich.) Die großen Erfolge der Armee Suttier zwischen Montdidier und Royon haben eine wesentliche Linienverfälschung und Verbesserung erzielt. Der Feind ist in den Grund hinabgeworfen, während wir von den eroberten Höhen aus seine Stellungen weit übersehen. Die Armee Suttier kann ferner heute schon auf neue eine schwere ins Gewicht fallende Schwächung der feindlichen Kampffront für sich buchen. Große Mengen französischer Leichen füllten die Wälder und Schluchten des heilumstrittenen Gebietes. Dagegen erschienen unsere Verluste unverhältnismäßig gering. Die Gefangenenzahl muß in Anbetracht des geringen Frontabschnittes ebenfalls als sehr hoch bezeichnet werden. Die Artillerie, Munition, Maschinengewehre und Materialverluste des Feindes sind sehr bedeutend. Auf's neue hat das französische Volk ihre ungeheuren Blutopfer vergeltet gebracht. Diesmal kann die französische Heeresleitung die Niederlage nicht mit dem Ueberwachungsmonat beschönigen, da einmündig festgestellt und auch in der französischen Presse zugestanden ist, daß der geplante deutsche Angriff gelang vor dem Feinde bekannt war.

Das unübersehbare, durch waldreiche Schluchten zerrissene Gebiet des geräumlichen Kampfes bringt es mit sich, daß die zahlenmäßige Feststellung der Beute nicht so rasch erfolgen kann, als sonst. Ständige lauten neue Meldungen ein über erbeutete Batterien und Geschütze. In einer einzigen Schlacht südlich Leffigny stehen acht Batterien kalibrierter Kalibers von 22 bis zu 27 Zentimeter, eine Reihe Geschütze neuester Art aus dem Jahre 1917. Geschützrohre und Protzen sind mit breiter, armierter Vollgummibereifung versehen und werden von großen Automotoren bewegt. Die Geschütze einschließlich der Vertriebs- und Belieferungsanlagen sind völlig unbeschädigt. Munition ist zahlreich in Unterständen aufgeschichtet. In der gleichen Schlacht befindet sich weiter rückwärts ein 15 Zentimeter-Langrohrgeschütz neuester Art. An den Hängen der nördlichen Schlucht stehen viele 75 Zentimeter-Feldkanonen teils batterieweise, teils einzeln. Ihre Fronten liegen zum meist mit einem Bespannung und Bespannung zusammengefügten in den Höhenwegen. Überall in dem Gelände findet man Maschinengewehre in Mengen zerstreut. Auch die Vergang der großen Bestände von erbeuteter Munition jeglicher Art und von Pioniergerät wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Der am 11. Juni angelegte Gegenangriff der Franzosen südwestlich von Royon übertraf an Wucht alles bisher Gesehene. Mit mehreren eiserne Divisionen unterstützt, von weit über 100 Tanks und großen Fluggeschwadern stieß der Feind um 11.30 Uhr vormittags nach starker Artillerievorbereitung zwischen Courcelles und Mery vor. Nach Aufzeichnungen, die im Tagebuch eines gefangenen französischen Offiziers gefunden wurden, sollte Lataule genommen werden. Die Tanks sollten sodann bei Cubilly durchbrechen, um den Deutschen die beherrschenden Höhen zu entreißen. Die zum Gegenstoß angelegten deutschen Truppen waren den Feind nicht nur zurück, sondern drangen über die bisherigen Linien vor. 66 der feindlichen Tanks liegen allein hier zertrümmert hinter und vor unseren Linien. Mit erstaunlicher Genauigkeit wurden sie von unseren Batterien in Brand geschossen und außer Gefecht gesetzt. Die Mehrzahl der Tankwagen liegt östlich oder westlich Courcelles, nördlich Vellou und nördlich Couraay. Allein auf der Straße Mery-Lataule waren nicht weniger als 16 Tanks angelegt worden. Der Feind hat allerschwerste Verluste erlitten. Seine weiteren Angriffe zerschellten an der Mauer der tapferen Divisionen, die nun nach Ueberwindung der feindlichen Stellungen an den vorherigen Tagen und nach den vielen Kämpfen immer noch diesen frischen feindlichen Elitetruppen überlegen blieben.

Die strategische Bedeutung von Compiègne als Versammlungs- und Aufmarschgebiet zum Angriff gegen die deutschen Planken war untrennbar verbunden mit dem Höhenort südwestlich Royon. Dies ist jetzt völlig in deutscher Hand. Damit hat das Aufmarschbeden von Compiègne, das unter ständigem deutschen Artilleriefeuer liegt, seinen Wert verloren. Die französische Heeresleitung mußte darum ihren

Truppen den Befehl geben, in den nun verlorenen Stellungen bis zum letzten Blutstropfen auszuhalten. Zur Wiedereroberung der Höhenstellungen warfen sie ihre besten Divisionen in den Kampf. Um jeden Preis sollten sie die verlorenen Stellungen wieder nehmen. Division auf Division brannte in immer aufs neue wiederholten Gegenangriffen zur Schlacht aus. Die Auslagen der eingebrachten Gefangenen der verschiedenen Truppenteile — im ganzen sind es über 15 000 Mann mit mehr als 400 Offizieren — hat einwandfrei ergeben, daß die Franzosen vom 9. Juni ab mehr als das Doppelte an Truppen in den Kampf geworfen haben, als ursprünglich in der stark besetzten vorderen Front standen. Die Reste der französischen zwischen Montdidier und Royon eingeleiteten Divisionen dürfte kaum noch als Rahmen für Neuaufstellungen in Betracht kommen.

Der amerikanische Truppentransporter „Präsident Lincoln“ versenkt.

Berlin, 15. Juni. (WZ. Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Kemh (Walter), hat neuerdings im Atlantischen Ozean drei Dampfer mit zusammen 28 000 B.R.L.

vernichtet und zwar den mit vier 152 Zentimeter-Geschützen bewaffneten amerikanischen Truppentransporter „Präsident Lincoln“ (18 168 B.R.L.) und die bewaffneten englischen Dampfer „Begum“ (4646 B.R.L.) und „Carlton“ (5262 B.R.L.)

Die militärische Besatzung des „Präsident Lincoln“ bestand aus 40 Offizieren und zirka 650 Mann der Marine. Außerdem befanden sich noch etwa 20 Offiziere und Mannschaften der Armee an Bord, die nach Amerika zurückbefördert werden sollten. Vermutlich ist der größte Teil der Besatzung bei der Versenkung des Schiffes umgekommen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 16. Juni. (Privatmeldung.) „Daily Mail“ meldet einer Haager Nachricht der „Täglichen Rundschau“ zufolge aus Paris: Der Auszug der Pariser Bevölkerung dauert an. In den letzten 3 Wochen sind über 120 000 Personen ausgewandert, seit der Verchiebung von Paris durch die weittragenden Geschütze im ganzen 240 000.

Berlin, 16. Juni. An der Front von Reims setzten die Franzosen am Abend des 12. Juni dicht westlich Omes eine starke Abteilung Schwarzer zu einem Vorstoß gegen die deutschen Linien an. Im Handgranatenkampf wurden die Reager zurückgeschlagen. Auf der Kathedrale von Reims wurde wiederum einwandfrei ein Artilleriebeobachter festgesetzt. Gegen Vacancourt warfen Entenflieger Bomben auf Lagertische ab, obgleich diese deutlich und weithin sichtbar als solche gekennzeichnet waren. Mehrere Kranke wurde getötet oder verwundet.

Berlin, 15. Juni. (WZ. Nicht amtlich.) Ein neuerlicher Vorfall aus dem Kemmel-Gebiet beweist wiederum die unmenschliche Grausamkeit englischer Soldaten gegen Verwundete. Am 26. April wurden ein Offizier und fünf Leute des deutschen Infanterie-Regiments Nr. 118 bei ihrem Vorgehen in die englische Stellung umzingelt. Kurz darauf hörte man von der Stelle, wo sie im englischen Graben verstaubt waren, entsetzliche Todesstöhne. Als der deutsche Angriff dann über diese englische Stellung vorgetragen wurde, fand man die Leute auf einem Haufen kreuz und quer durcheinander tot daliegen. Nach ihrer ganzen Lage waren sie nicht im epheligen Kampf gefallen. Verschiedenen Leuten waren die Augen ausgestopfen. Der dazu benötigte Dolch lag mittsam den Augen auf der Brust des Offiziers; die anderen waren in rohester Weise verstümmelt.

Amsterd., 15. Juni. (WZ. Nicht amtlich.) Nach einer Neutermeldung aus Washington hat Präsident Wilson in Verantwortung des aus Anlaß des Jahrestages der Landung der ersten amerikanischen Truppen in Europa an ihn gerichteten Telegramms des Präsidenten Poincare von neuem betont, daß es die Absicht der Vereinigten Staaten sei, Truppen und Kriegsgerät nach Frankreich zu senden, bis die nur zeitweilige Ungleichheit der Streitkräfte endlich ausgeglichen sei. Dann fügte Wilson hinzu: Allein durch den Krieg kann der Friede erreicht werden und können die Verhältnisse der Welt auf eine Grundlage dauerhafter Gerechtigkeit und blühenden Rechts gestellt werden.

Budapest, 16. Juni. (WZ. Nicht amtlich.) Eine Regierungsverordnung beschlagnahmt die neue Ernte, ausgenommen den Selbstverjorgerbedarf, verbietet die Verfütterung von Getreide und stellt die Mühlen unter Aufsicht.

Athen, 15. Juni. (WZ. Nicht amtlich.) Meldung der Ag. Sabas. Durch königliche Verfügung werden alle im Auslande sich aufhaltenden dienstpflichtigen Griechen, eingeschlossen die der neuen Provinzen, soweit sie in den Jahren 1884 bis 1887 geboren sind, unter die Fahnen gerufen.

Lima, 15. Juni. (WZ. Nicht amtlich.) Meldung der Ag. Sabas. Die peruanische Regierung hat die in Port Callao liegenden deutschen Schiffe militärisch besetzen lassen.

Seite 6.
Deutsche oder
die, der das
zwei Wochen
schuß seines
in die Nach-
Deutsche oder
die im Alter
Lebensjahre,
geistig oder ge-
eigt, bei dem
aktiven Seere
erfolgen. Die
r ordnungs-
an den Ein-
ts oder durch
geschriebenen
schuß adreß-
instalt (Post-
und getiem-
st sorgfältig
Anstalten
Einschluß der
werden auf
15 und des
vom Einbe-
100 M und,
Gast bis zu
der Strafe
erlin N.N. 7,
t; die Be-
er mit Geld-
er Meldung
en macht.
2672
A.
Schulgelbes
Oberzeal,
fordert, über
diese Brief-
ne Verschäm-
ohne weiteres
Nahrung der
angestell zu-
der mündlich
tunächst im
tbad.
richt
Beschlechts.
6 WZ.
reiner,
macher,
s, Tag-
Art. 377
t
Karlsruhe
629.
incher
sodort ge-
Geschäfts-
2886
straße.
Rauterpallier
Kaufmann.
ustine Seb-
th, B. Otto
cher, Kauf-
Beyranis.
62 J. alt.
WZ. Kirch,
Rangierer,
von Naal
Chemann,

Ein Bund der Geister.

Karlsruhe, 17. Juni.

Genjur — Belagerungszustand — Schutzhaft! Also: Unterdrückung der öffentlichen Meinungsäußerung, Gewalt herrschaft, Rechtswillkür — das waren die wenig erbauenden und gar nicht anmutigenden Dinge, die dem wieder zusammengetretenen Reichstage in der ersten Woche seiner Tagung den Beratungsstoff lieferten. Zu Bergen türmt sich das Material, das Gewalt und Willkür in dieser Zeit des Grauens und Grauens, des Hungers und der Entbehrungen aufgehäuft haben. Der Deutsche, der seit vier Jahren wieder durchgehalten hat, sieht sich beim Studium der Berichte immer wieder von der rumorenden Frage heimgesucht: Verdient das Volk, das seit nunmehr vier Jahren mit einzigem Gelde einer Welt von Gegnern widersteht, eine solche Behandlung, und verdienen die Gewalthaber, die ein solches Volk so behandeln, dieses Volk? Nun, die Herren, deren Sterblichkeit in den letzten Reichstagssitzungen vor der deutschen Öffentlichkeit präsentiert wurde, bleiben davor bewahrt, zu erfahren, was das deutsche Volk über sie denkt und welcher Art die Eindrücke und die Wirkungen sind, die von solchen immer wieder notwendig werdenden Ermahnungen ausgehen, denn — Genjur, Belagerungszustand, Schutzhaft, also: Unterdrückung der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Drohungen mit Gewalt und Willkür sind die Mittel, die Allgemeinheit dieses Volkes zu erhalten.

Wo der Uebermut der Nemter, von dem der große englische Dichter redet, seine Organe feiert, da grüßt in der Regel auch der Hohn. Just zur selben Zeit, da in dem Gebäude mit der funkelnden Zinkverkleidung sich deutsche Volkstribüne mit Leidenschaft gegen die Ausbreitungen der Militärrherrschaft zur Wehr setzen, fand sich auf unserem Schreibtische ein Buch ein, das den unter den herrschenden Verhältnissen etwas vieldeutigen Titel führt „Die deutsche Freiheit“. Wenn der Blick von den Berichten über die Reichstagsverhandlungen der letzten Tage auf diesen Buchtitel fällt, so kann man an nichts anderes denken als an blutige Ironie. Aber dann gehen die Gedanken wieder zurück zu den Berichten von Genjur, Belagerungszustand, Schutzhaft, und man ist wieder glücklich oder vielmehr unglücklich im Wilde: wie konnte man auch nur einen Moment annehmen, in dieser Zeit habe ein satirisches Werk die Druckpresse verlassen? Wie, zum Teufel, sollte es heute ein solches Buch anfangen, herauszukommen, wie der Sachausdruck so schön sagt? Heute, wo vor jedem Worte einer Meinerungsmöglichkeit der Stille des Zensurs geizt ist?

Nein, das Buch ist ernst gemeint, und wie es zugeht, daß heute ein Buch erscheinen kann, das den Titel „Deutsche Freiheit“ führt, darüber gewinnen wir Klarheit, wenn wir sehen, daß es ein politisches Buch ist und seine Existenz fünf deutschen Professoren verdankt. Wenn fünf deutsche Professoren zu gleicher Zeit in Politik machen, dann können schon geistige Wundergebilde zustande kommen, wie es in einer Zeit, in der alle Welt von Unterdrückung redet, ein Buch über die deutsche Freiheit ist.

In der Tat: die fünf Professoren Garneck, Heinke, Meincke, Sering und Tröllisch machen in dem Buche alle Anstalten, das deutsche Volk in dem Glauben zu bereden, es sei ein freies Volk. Bekanntlich hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Herr Wilson, kurz nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten, sich dahin geäußert, das deutsche Volk sei kein freies Volk, sondern der Krieg werde vielmehr um seine Befreiung geführt.

Selbstverständlich ist kein gewöhnlicher Sterblicher auf den Scherz des Herrn Wilson, daß dem deutschen Volke die Freiheit mit Waffengewalt von Amerika komme, hineingefallen. Aber wir haben in Deutschland auch erlauchte und erleuchtete Geister, und diese Geister sind in einem „Bund deutscher Gelehrter und Künstler“ zusammengeschlossen. Dieser Bund der Geister hat die genannten fünf seiner Mitglieder Vorträge halten lassen und diese Vorträge sind in

einem „Sammelband“ bei Bertels erschienen. Titel: Die deutsche Freiheit.

Die fünf Professoren belehren das deutsche Volk, es brauche keine Freiheit von Herrn Wilson oder von irgend einem unserer Kriegsgegner, denn es — habe diese Freiheit schon, es sei heute das freieste und bestregierte Volk der Welt. Das ist von ihnen gewiß ein bißchen viel behauptet und die fünf bemühen sich, ihre starken Behauptungen durch starke — Ausdrücke zu stützen. Sie bemühen sich, den kritischen Sinn mit Superlativen zu betäuben. So bezeichnen sie Wilsons Ausführungen als die „unerschämteste, anmaßendste und heuchlerischste (!!) Kundgebung“, die seit den Tagen des ersten Napoleon dargeboten sei. Gefront wird dieser Haufen von Superlativen durch Injektiven wie „Lüge“, „Trug“, „Verworfenheit“, „Schwindel“ — doch wollen wir in dieser Zeit der Papiernot das professionelle Schimpfwörter-Verbot nicht abschreiben. Im ganzen erinnert das Gebaren der Fünf lebhaft an den Neger, den Mark Twain für einen halben Tag mietete, damit er den Zeitgenossen verfluchte, der Herrn Twain einmal tüchtig hinteres Licht geführt hatte.

Immerhin: Wenn die fünf unisono behaupten, das deutsche Volk befinde sich im Besitze der vollsten Freiheit und wenn der Theologe Tröllisch im besondern behauptet, eine so „großartige Volksherrschaft“, wie sich ihrer das deutsche Volk erfreue, finde man auf der ganzen Welt nicht mehr, so muß man diese Freiheit ganz absonderlich anschauen. Was ist also die Freiheit, die die Fünf meinen? Sie ist nach Meincke (auf Seite 36) die Freiheit der Krone, die Regierung „frei“ zu ernennen! Sollte jedoch im Deutschen Reich jemand sein, dem es nach dieser Freiheit nicht gelüftet, so hat Herr Meincke noch andere Freiheiten bei der Hand, die Freiheit der Abwehr gegen den Versuch des Herrn Wilson und seiner Verbündeten, den Deutschen „ihre demokratische Freiheit aufzudrängen“. Und so deutet Herr Meincke Freiheiten die schwere Menge. Zum Aussehen! Eine schönere als die andere!

Alles natürlich Freiheiten, die auf demokratischem Boden nicht gedeihen. Deshalb: Zum Teufel mit aller Demokratie! Sie ist schon anrüchig, weil einen großen Teil davon die Kriegsgegner haben. Sie ist „Despotie“, sie ist „korrupt und antizional“, sie bedeutet „Unterjochung des Volkes unter die Autokratie“ und „Verkümmerung der freien Persönlichkeit“, „Schulung zur Lüge“ und „Betrug der Massen“!

Wahre uns also der Himmel vor der Demokratie und vor demokratischen Einrichtungen. Herr Sering hält nichts von ihnen: „Das vielgescholtene preußische (!) Wahlrecht ist demokratischer als das englische“!

Schlimm wirds, wo diese Gesellschaft mit beschränkter Haftung für politische und soziologische Behauptungen und Definitionen anfängt, ihre Auffassungen „philosophisch“ zu begründen. Nur eine Probe, Professor Meinckes Definition der Freiheit: „Wo Freiheit ist, da ist auch Unfreiheit — bei uns, wie in aller Welt. Jeder spezifischen Freiheit folgt, so darf man rein soziologisch (!!) schon sagen, wie der Schatten dem Lichte, auch eine spezifische (?) Unfreiheit. Und Unfreiheit ist überhaupt nichts Festes und Substantielles (!!), sondern Werden und Leben, Handeln und Ringen mit der Unfreiheit. Freiheit ist nicht etwas Gegebenes, sondern etwas Aufgegebenes (!!), immer neu zu Schaffendes, weil immer mit Vernichtung Bedrohendes und vollendete Freiheit eine wunderartige, seltene Blüte und vielleicht nur der Traum von einer solchen Blüte.“

Fürwahr eine „wunderartige Blüte“ professoralen Geistes, wenn auch (leider!) in diesem Buche keine „seltene“! Nein, es duftet in diesem Garten Eden nach solchen — Blüten, daß man sich schier die Nase zupfählt und Umschau halten möchte nach einem vorkriegsmäßig lagenhaften Tropfen, um die aufsteigende Uebelkeit zu bekämpfen.

Es versteht sich von selbst, daß auch sozial bei uns alles besser bestellt ist als in irgend einem Auslande. Es ist eben nichts am Auslande nachahmenswert, bei uns dagegen ist kaum etwas reformbedürftig.

Auf der anderen Seite, ganz nahe am Seitentor, stand ein anderer Oberst, ein kleiner dürrer Mann, dessen winzige, scharfe Augen lebhaft unter dichten Augenbrauen hervorblitzten; er drehte sich schnell nach allen Seiten um und seine hagere Hand wies gebieterisch bald hierher und bald dorthin. Man sah, daß er trotz seiner Kleinheit sich trefflich auf das Kriegshandwerk verstand. Umweit von ihm stand der Fähnrich, ein langer Kerl mit einem dichten buschigen Schnurrbart und einer fast zu jenseitigen Gesichtsfarbe; der Herr liebte die starken Getränke und war der Freund einer reichbesetzten Tafel. Hinter ihnen sah man noch viele Ritter, von denen sich ein Teil auf eigene Kosten bewaffnet und ausgerüstet hatte, der andere dagegen auf Kosten der Staatskasse oder mit jüdischem Gelde, da diese Herren alle ihr Hab und Gut, das die Schösser der Wälder bargen, verpfändet hatten. Es gab darunter auch eine nicht geringe Zahl von jenen Schwarzhörnern, die das Gefolge der Senatoren zu bilden pflegten und die an ihrer Tafel sitzen durften, um ihren Glanz zu erhöhen; oft genug stahlen sie dort als Entgelt die silbernen Becher von den Tischen und aus den Schränken weg und lenkten vielleicht schon morgen, ihrer Ehre entkleidet, vom Kutschbock herab die Pferde eines großen Herrn. Da gab es alle möglichen Sorten und Gattungen von Menschen. Manah einer besaß noch nicht genug, um sich einen Becher Brantwein zu kaufen: für den Krieg aber hatten sie sich alle aufs schönste herangepreput.

Die Kojaken standen gelassen vor den Stadtmauern. An ihnen war auch nicht eine Spur von goldenem Rierat zu bemerken, nur ab und zu bligte es an einem Säbelgriff oder einem Gewehrkolben auf. Die Kojaken liebten es nicht, sich zur Schlacht reich zu schmücken. Ihre Panzer und Kleider waren alle höchst einfach und bescheiden: bloß ihre schwarzen Rammfellmützen mit den roten Spitzen konnte man weithin schimmern sehen.

Zwei Kojaken lösten sich von den Reihen der Saporoger ab und prengten nach vorn; der eine war noch ganz jung, der andere etwas älter, beide hatten Haare auf den Zähnen, verstanden sich gut aufs Reiten, doch auch nicht minder gut auf das Gehen. Sie hießen Schrim Reich und Mytka Golofopptenko. Ihnen folgte Demid Popowitsch, ein stämmiger Kojak, der sich schon lange in der Sjetich aufhielt, bei Adrianopol gekämpft und schon mancherlei erlebt und erfahren hatte.

Die dem deutschen Volke so etwas zu bieten wagen, sind Leute von wissenschaftlichem Mittelmaß! Man fragt sich: Hat denn dieser Krieg alle Wahrhaftigkeit zu den Sünden stehen lassen? Ist alle Selbstkritik, alle Zuverlässigkeit, aller politische Charakter flöten gegangen? Sehen die Fünf einen derartigen Geisteszustand beim deutschen Volk voraus, daß sie tatsächlich ernst genommen zu werden hoffen?

Ein versöhnendes Moment bildet in dem Opus der Fünf ein gewisser unfreiwilliger Humor, der den Leser doch zu einem befreienden Gelächter bringt, wenn diese fünf Professoren beispielsweise Herrn Wilson „professorische Plattheit“ vorwerfen. Aber selbst die lobenswerte Selbsterkenntnis, die in diesem Ausdruck liegt, enthebt uns nicht der Aufgabe, die Herren dringend anzufordern, das deutsche Volk mit ihren „Behauptungen“ zu verschonen. Das deutsche Volk ist geplagt genug. Es möchte von der geistigen Professorenollheit verschont bleiben!

Deutsches Reich.

Verfassungsfragen in Bayern. In der Kammer der Abgeordneten wurden die liberalen und sozialdemokratischen Anträge betreffend Abänderung des Landtagswahlgesetzes durch die allgemeine Einführung der Verhältniswahl und die Herabsetzung des Wahlalters auf 21 Jahre sowie auf Einführung des Frauenstimmrechts abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Geld (Bentr.), worin die Verhältniswahl für die größeren Städte Bayerns in Vorschlag gebracht wird.

Die Biersteuer. Der Reichstagsausschuß für die Beratung der Getränkesteuer hat am Donnerstag die Biersteuer in zweiter Lesung verabschiedet. An den Beschlüssen erster Lesung wurde eine Reihe von Veränderungen vorgenommen. Nach den Beschlüssen erster Lesung sollte als Einfuhrzoll gelten Bier mit einem Stammwürzegehalt bis 4 1/2 Prozent, während nur Bier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 12 1/2 Prozent als Starkbier bezeichnet werden darf. Nach einem Antrag aller Parteien wurde beschlossen, daß Einfuhrzoll, Bier mit einem Stammwürzegehalt bis 4 1/2 Prozent, Vollbier von 8 bis 13 Prozent und Starkbier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 13 Prozent sein soll. Bei § 5, der höhere Steuersätze festsetzt für neue Brauereien, die nach dem 1. April 1918 in Betrieb genommen werden, beantragt Abg. Behrens (D. Fr.) eine Ausnahmebestimmung für Brauereien, die von Gattungen auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden.

Die Freistellung des Hausstrunks wurde durch einige neue Einzelbestimmungen schärfer umgrenzt. Keinesfalls darf der Hausstrunk über den Bedarf der Brauereiarbeiter oder Angestellten hinausgehen. Neu eingeführt wurde in das Gesetz ein Verbot der Vermischung von Einfuhrbier, Vollbier und Starkbier untereinander, sowie des Zusatzes von Zucker zu Bier durch den Brauer nach Eintritt der Steuerpflicht oder durch Bierhändler oder Wirte. Der Biersteuerhinterziehung gleichgesetzt wurde der Verkauf solcher gemischten Biere. Der Beschluß erster Lesung, die Biersteuer in den Gemeinden ab 1. April 1920 fortfallen zu lassen, wurde aufgegeben.

Reichstagssekretär Graf Röhren hatte darauf verwiesen, daß die Biersteuer in den Gemeinden Süddeutschlands ohnehin weiterbestanden hätten, da das Verbot nur die Gemeinden im norddeutschen Brauereigebiet betroffen hätte. — Schließlich wurde für Arbeiter und Angestellte, die durch das Gesetz beschäftigungslos oder in ihren Bezügen beeinträchtigt werden, eine Entschädigungspflicht festgesetzt, ebenso für Kriegsteilnehmer, die bei Kriegsausbruch in einem Brauereibetrieb beschäftigt waren. Beschlossen wurde noch, von den Königreichen Bayern und Württemberg, sowie vom Großherzogtum Baden und von Elsaß-Lothringen die Erhöhung der landesrechtlichen Verbrauchssteuer nach den Sätzen der Reichsbiersteuer zu verlangen. Damit war die zweite Lesung erledigt.

Tarab Bulba.

Von Nikolai Gogol.

(Fortsetzung.)

Jetzt erinnerte er sich daran, daß er Andrij in der vorigen Nacht mit einem Weibe durch das Lager habe gehen sehen, und er ließ sein graues Haupt mutlos herabsinken. Aber er wollte noch immer nicht daran glauben, daß ihm eine solche Schmach hätte angetan werden können und daß der eigene Sohn seinen Glauben und seine Seele verraten konnte. Endlich ermannte er sich, führte seine Abteilung in den erwähnten Hinterhalt und verstand im Walde, dem einzigen, der noch nicht von den Kosaken niedergebrannt war. Die andern Saporoger, das Fußvolk wie die Reiter, rückten in drei Zügen bis an die drei Tore vor. Eine Abteilung zog hinter der anderen her: die Abteilungen Uman, Popowitschew, Kanew, Steblikin, Nekomaikow, Gurjusin, Tymoschew usw. Nur die Abteilung Berejasslaw fehlte. Diese hatte nämlich am Abend vorher ein äußerst stürmisches Zechgelage veranstaltet und die Folge davon war, daß einige von ihnen gesehelt im feindlichen Lager und andere gar nicht erwachten, sondern sogleich in die feuchte Erde gebettet wurden. Chib, der Hauptmann, wurde ohne Hemd und Hufe ins polnische Lager gebracht.

In der Stadt hörte man bald von der Bewegung im Kosakenlager. Alle liefen auf die Wälle hinaus, und ein prächtiges Bild entfaltete sich vor den Augen der Kosaken. Die polnischen Ritter standen, einer immer schöner als der andere, auf den Wällen. Die kupfernen Helme, mit schwanenweißen Federn geziert, glänzten wie kleine Sonnen. Andere trugen leichte rosa und hellblaue Mützen, deren oberer Teil auf der Seite etwas eingezogen war. Ihre Röcke mit den herabhängenden Ärmeln waren mit Goldstickereien oder einfachen Schnüren versehen; sie hatten reichverzierte Säbel und Waffen, die die polnischen Herren neuer genug bezahlt haben mochten, und vielerlei andere Schmuckgegenstände. In der vordersten Reihe stand der Oberst von Budichalow in würdiger Haltung mit einer roten, goldgestickten Mütze. Der Oberst war bedeutend größer und stärker als alle übrigen und sein weiter kostbarer Rock war fast zu eng für seine Hüftengestalt.

solle er doch bereits einmal lebendigen Leibes auf einem Scheiterhaufen verbrannt werden; damals war er mit geteertem und geschwärzten Kopf und abgelegten Schnurrbart in der Sjetich erschienen, aber Popowitsch hatte sich bald wieder erholt und sich einen langen Schnopf, der ihm bis über's Ohr herabging, und einen pfeifschwarzen, buschigen Schnurrbart wachsen lassen. Uebrigens konnte Popowitsch oft recht bißig werden.

„Ja, das muß man sagen, schöne Kleider habt ihr an, ihr tapferen Ritter, ich möchte nur wissen, ob euer Mut und eure Tapferkeit ebenso groß ist?“

„Ich wills euch schon zeigen“, rief der dicke Oberst von oben herab, „ich lasse euch alleamt binden und an die Ketten legen. Geht eure Gewehre und Pferde her, ihr Knacksköpfe. Habt ihr gesehen, wie ich eure Leute habe binden lassen? Galtch, schleppt doch mal die Saporoger auf den Wall!“

Und die aneinandergebundenen Saporoger wurden auf den Wall geschleppt. Zuerst erschien der Hauptmann der Abteilung, Chlib, ohne Hemd und Hufe — ganz so, wie man ihn im Hause erwacht hatte. Er ließ den Kopf sinken, denn er schämte sich, daß er sich vor den Kosaken in seiner Wäsche zeigen mußte, und daß er schlaftrunken wie ein Hund in Gefangenschaft geraten war. Sein mächtiger Kopf war in der einen Nacht ergraut.

„Sei nicht traurig, Chlib, wir werden dich schon befreien“, riefen ihm die Kosaken von unten zu.

„Sei nicht traurig, Freund“, fügte der Hauptmann Boreday hinzu, „es ist nicht deine Schuld, daß sie dich noch gefaßt haben, jedem Menschen kann doch ein Unglück passieren. Sie müssen sich schämen, daß sie dich so hergebracht und nicht einmal deine Wäsche anständig bedeckt haben.“

„Ihr scheint ja gegen Schläken besonders tapfer zu sein“, sagte Golofopptenko und wickte zum Wall empor.

„Bartets nur ab, wir werden euch schon eure Mützen abschneiden“, riefen ihnen jene zu.

„Das möchte ich doch sehen, wie sie es fertig bringen werden, uns die Mützen abzuschneiden“, sagte Popowitsch, dann wandte er sich auf seinem Pferde zu seinen Leuten um, sah sie an und sagte: „Uebrigens ist es vielleicht doch wahr, was die Polen sagen; wenn der Dicke ihr Führer ist, brauchen sie sich nicht zu fürchten, das ist eine gute Schwärze.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichstag in Hamburg, 175 Reichstagsabgeordnete, Mitglieder aller Fraktionen mit dem Vizepräsidenten Dove an der Spitze trafen, einer Einladung führender Persönlichkeiten Hamburgs des Ueberseehandels und der Großschiffahrt folgend, Freitag abend in Hamburg ein und wurden durch den Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Herrn von Holtendorff, begrüßt.

Zentrumsfraktion und Zentrumspresse. Die Zentrumsfraktion des Reichstags beschloß u. a., die Zentrumspresse dazu zu bestimmen, daß wenn sich Meinungsverschiedenheiten zwischen Presse und Fraktion ergeben, deren öffentliche Austragung unzulässig zu vermeiden, dagegen eine sachliche Aussprache mit dem Fraktionsvorstande herbeizuführen sei.

Neuwahlen in Preußen. Der „Vorwärts“ meint, mit den Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus sei im Dezember oder Januar zu rechnen.

Zum preußischen Wahlrechtskampf. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Stresemann verurteilt in der „Nationalzeitung“ das Verhalten der Rechtsnationalen und fordert eine normale parteioffizielle Stellungnahme, indem er ausführt: „Die nationalliberale Partei treibt durch die Politik des bisherigen Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion in eine schwere Parteiirris hinein. Die Frage des preußischen Wahlrechts ist heute nicht mehr eine Frage der preußischen Landtagsfraktion, nicht mehr eine Frage des Preußentages, sondern sie ist eine Frage der gesamten Nation. Es wird notwendig sein, daß die berufenen Parteiführer vor der entscheidenden Entscheidung sprechen, damit für die künftigen, nicht mehr vermeidbaren politischen Auseinandersetzungen im Reich und in Preußen der nationalliberale Wähler weiß, auf welcher Seite das Banner der Partei weht.“

Eine Verurteilung des Grafen Spee durch seine Wähler. Die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner der katholischen Arbeitervereine des Landtagswahlkreises Neuh. Grevenbroich, den Graf Spee im preußischen Abgeordnetenhaus vertritt, faßten einstimmig eine Entschließung, worin sie ausdrücken, daß sie von ihrem Abgeordneten die gleiche Disziplin erwarten hätten, die sie selber „nicht selten unter Zurücksetzung eigener Standesinteressen“ geübt haben. Das bekannte Auftreten des Grafen Spee habe nach der formellen Seite „aufs peinlichste berührt“ und was die grundsätzliche Stellung betreffe, so fordere „die weitens größte Mehrzahl seiner Wähler, insbesondere die Arbeiterschaft, das gleiche Wahlrecht für Preußen. Die Nichtbeachtung der Parteidisziplin, so heißt es zum Schluß in der Resolution, hat unser Vertrauen zu dem Herrn Abgeordneten vollständig erschüttert. Wie werden unser Verhalten ihm gegenüber einrichten.“

Die Regierung provoziert die Arbeiterklasse.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Nach langen Verhandlungen ist die Reichstags-Kommission zur Beratung des Arbeitskammer-Gesetzentwurfes zu dem Beschluß gekommen, die Arbeitskammer auf territorialer Grundlage aufzubauen. Das ist gegen die Regierungsvorlage geschehen, die eine sachliche Grundlage der Arbeitskammer wollte. Aber es ist geschehen in Uebereinstimmung mit dem Verlangen sämtlicher Gruppen der Arbeitnehmer. Man hätte erwarten sollen, daß die Regierung diesen Kommissionsbeschlüssen zugestimmt hätte, da ja die Wirksamkeit der Arbeitskammer von der lebendigen Anteilnahme der Kreise abhängt, für die sie in erster Linie gedacht ist. Das sind die Arbeitnehmer. In der Sitzung der Arbeitskammer-Kommission erklärte aber der Regierungsvertreter, daß er die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht in Aussicht stellen könne. Also ein glattes Unannehmbar der Regierung!

Wir stehen jetzt am Ende des vierten Kriegsjahres. Wenn die Regierung sich zur Einbringung der Arbeitskammer-Vorlage entschlossen hat, so nicht zum wenigsten dieser Tatsache wegen. Sie wollte zeigen, daß sie den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft nachkommen wolle. Es scheint, als wenn die Regierung den Ernst der Zeit vollständig verkennt. Eine solche Brückierung, wie sie in diesem Unannehmbar der Regierung liegt, hätte man ihr wirklich nicht vertrauen können. Dies Verhalten ist eine jener Seltsamkeiten, die wir leider gerade in der Vorkriegszeit bei so manchen Maßnahmen der Regierung haben beobachten müssen und die sich nur erklären lassen aus dem Fehlen jeder Verbindung mit den breiten Schichten der Bevölkerung und dem daraus resultierenden Unvermögen, die Stimmung der Bevölkerung zu erkennen.

Die Arbeitskammer-Kommission hat unter diesen Umständen von einer Weiterberatung der Vorlage zunächst Abstand genommen und will erst eine Entschließung der Fraktionen herbeiführen. Von unseren Genossen in der Arbeitskammer-Kommission war beantragt, dem Plenum des Reichstages Bericht zu erstatten. Diesem Antrage zuzustimmen, scheuten sich die bürgerlichen Kommissionsmitglieder, weil sie davon eine unangenehme Wirkung auf die Stimmung der Massen befürchteten. Als ob es ein Verbrechen gäbe, wenn man sich doch annehmen, daß die Regierung die Wirkung einer Entschließung, wie sie in ihrer Erklärung in der Reichstagskommission mitgeteilt wird, vorher sorgfältig abgewogen hat, und sie muß dann natürlich auch die Folgen, die eine solche Entschließung bei den Massen auslöst, auf sich nehmen. Fraglos wird diese Erklärung in der Arbeiterschaft die Folge sein, ist doch nunmehr das Schicksal der Arbeitskammer-Vorlage wieder ein zunächst undurchdringliches Dunkel geblieben. Jedenfalls werden die Arbeiter die erforderlichen Schlüsse aus dieser Regierungserklärung ziehen. Sie können nur dahingehen, alles zu tun, was irgend getan werden kann, um ihre gewerkschaftlichen Organisationen so auszubauen, daß sie diese zu einer wirklichen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen in jeder Hinsicht befähigen.

Die „militärischen Sicherungen“ im Osten.

Aus dem Osten schreibt man uns: Da die Ostfragen immer noch im Mittelpunkt der Diskussionen stehen, Rußland nun auch weitere Beisprechungen angeregt hat, so werden nun auch wieder die Rufe nach den „militärischen Grenzicherungen“ zu hören sein. Geht man diesen Forderungen nach „militärischen Grenzicherungen“ auf den Grund, so ist leicht zu erkennen, was dahinter steckt und man ist keineswegs überrascht, rein kapitalistische Tendenzen hinter dieser Marke zu

finden. Das zeigt am besten eine Aufstellung der in dem zur Annexion in Betracht kommenden Gebiete liegenden industriellen Anlagen.

In dem Grenzstreifen liegen folgende Werke: Eisen- und Stahlwerke nebst Kohlenbergwerken „Boremba“ A.G. mit den Gruben Siegmund und Hans Karl, Berg- und Hüttenwerke in Milosow bei Myszkow, Gebr. Bauerey Sosnowitz, Bergwerke der Warschauer Gesellschaft in Nieme bei Granica, Jafob, Julius- und Rosimir-Grube, Steinkohlengruben in Gzeladz (Anonyme Gesellschaft) mit den Gruben Gzeladz und Satum, Steinkohlengruben „Flora“ bei Dabrowa Gornice, Flöz Rudolf bei Niska, im Privatbesitz, Gewerkschaft Graf Renard Besitz der Kattowitzer A.G., Steinkohlengrube Grogier mit Maria-Schacht, Privatbesitz, Klimontow bei Jagorze, Steinkohlengrube im Privatbesitz, „Lagiska“ bei Bendzin, Besitzer A.G. Brichkin-Eisenwerke bei Sosnowitz, Redengrube bei Dombrowa, Besitzer Russische Regierung, Erzgrube Rudnik bei Bendzin, Privatbesitz, Myszkow, Myszkow bei Razy, Steinkohlengrube, Privatbesitz, Steinkohlengrube Neben in Dombrowa, Thaddäus in Razy, Sosnowitzer Steinkohlengruben, Besitzer A.G., Sosnowitzer Hütten- und Kohlengruben-Ges. mit „Alma“ in Lagiska umfassend „Alvina“, „Emma“, „Georg“, „Selena“, „Andogny“ und „Niska“ in Niska, „Staduj“ und „Ignacy“ in Jagorze, „Rudolf Oberlacz“ in Niska und Strochula-Grube; ferner umfasst der Bezirk die Portland-Zementfabriken in Razy, Klucze, Wylota und Grogier, das Kohlenbergwerk Sosnowitz, die Knochenfabrik „Strem“, die Kesselschmiede von Albinaki, Schmidt u. Co. in Bendzin, die Spinners- und Färberei von Heinrich Berndt in Janinowice, die Blechmallefabrik „Wlodowice“ in Myszkow, die chemischen Fabriken „Gichow“ und „Sobule“, die Armaturenfabriken von Giesliski, die Draht- und Hochziehfabriken von A. Reichel, die Stammannfabrik von Dietel, die Dampfesselfabrik von A. Fikner u. Co. Gomben A.Hl., Dombrowa der Maschinenfabrik „Guta Pantowa“ A.G., Zinkweißfabrik von B. und J. Zimrod Farbenfabrik von Gebr. Zimrod in Bendzin, Katharinenhütte, Bes. die Königs- und Laurahütte, Zinkhütte Konstantin in Dombrowa, Bes. A.G. in Warschau, Papierfabrik von Romprecht und Dampfzähle in Sosnowitz, Ketten- und Nägelfabrik in Bendzin, Maschinenfabrik Niska, Drahtfabrik in Bendzin, Eisenwerk in Milosow, Bes. Deutsche A.G., Bronze- und Kupfergießerei von Minkiermann in Sosnowitz, Zinkhütte „Kawline“ in Jagorze, Red Bendzin in Bendzin, Del- und Mahlmühlchen in Malabonze, Chemische Fabrik in Rodacha, Glashütte in Jawienze, Baumwollspinnerei in Srodzka und Myszkow, Draht- und Nägelfabrik in Srodzka, Chemische Fabrik Stojanieszow, Fellenhauerei in Sosnowitz, Tapeten- und Papierfabrik A.G. Myszkow, Kesselfabrik von Zafinga und Kulofka, Zinkfabrik, Grau- und Tempergießerei in Bendzin. Das Gouvernement betrieft umfaßt 12 249 Quadratkilometer mit ca. 1 1/2 Millionen Einwohnern.

So sieht also die „militärische Sicherung“ der Ostgrenze aus. Die östlichen Grenzbarone haben ihren weissen Kolleus in nichts nach und ihre Bewehrungen sind auch dieselben, welche jene das Verlangen nach Annexion des fremdsprachlich-russischen Grenzgebietes erheben läßt. Ob das Reich dabei gewinnt oder zu Schaden kommt, ist den Herrschaften gleichgültig. Hauptfrage ist der eigene Profit!

Russland.

Sozialdemokratische Kundgebungen in Zürich. In Zürich fand am Samstag abend auf dem Fraumünsterplatz eine Massen-Kundgebung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft statt. Die Kundgebung erklärte sich mit der jüngsten Frauen demonstration vor dem Kantonsrat solidarisch und verlangte die Bestandsaufnahme sämtlicher Vorräte in den Wohnungen und Magazinen. Am Schluß der Versammlung wählte sich eine große Menge durch die Wohnsitzfrage, geführt von einem Jungburschen, der die Strafmaßnahmen anhielt und die Massen zum Generalstreik am kommenden Montag aufforderte, bis die Forderungen der Frauen bewilligt seien. Da die Tumulte durch Schüsse aus einem Fenster angeheißelt, zunahmen, mußte zur Regelung des Verkehrs Militär herbeigezogen werden.

Soziale Rundschau.

Staatliche Bekämpfung der Wohnungsnot. Zur staatlichen Vorkämpfung zweiter Hypotheken hat focher der preussische Finanzminister den Behörden eine ersuchende Ausführungsanweisung zum Vorkämpfungsgesetz zugehen lassen. Es wird darin bestimmt, daß die Uebernahme von Vorkämpfung für zweite Hypotheken durch den Staat gegenüber gemeinnützigen Bauvereinigungen und Stiftungen ausschließlich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erfolgen hat. Die Verwaltung der Vorkämpfungssicherung ist der preussischen Zentralgenossenschaftsbehörde übertragen worden, die selbständig entscheidet und nur Zweifelsfragen von grundsätzlicher Bedeutung dem Finanzminister zur Entscheidung zu unterbreiten hat. Die Uebernahme der Staatsbürgerschaft kommt in erster Reihe bei Wohnungen in Meinhäusern mit Hausgärten in Frage. Nur wo dieses nicht möglich ist, ist auch die Errichtung von Mietwohnungen in Stockwerkshäusern zu unterstützen. Insbesondere soll auch die Uebernahme der Staatsbürgerschaft bei Wohnungen für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger und Kriegsbekämpften gepflegt werden. Die Verbürgung zweiter Hypotheken durch den Staat kommt nur gegenüber gemeinnützigen Bauvereinigungen und Stiftungen in Betracht, nicht aber gegenüber privaten Unternehmern oder einzelnen Arbeitgebern.

Aus der Partei.

Vorbereitungen zu einer neuen internationalen Konferenz? Die österreichische Sozialdemokratische Korrespondenz meldet: Der Vorsitzende des internationalen sozialistischen Komitees, Troelstra, wird gelegentlich des für den 28. Juni einberufenen Kongresses der englischen Arbeiterpartei mit den Sozialisten der Entente eine Konferenz halten. Um vor seiner Abreise mit den sozialistischen Parteien der Mittelmächte Fühlung zu nehmen, hat er diese zu einer Besprechung nach Haag gebeten. Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie Österreichs beschloß, dieser Einladung Folge zu leisten. Die mit der Vertretung betrauten Abgeordneten Seiß und Ellenbogen reisen morgen ab.

Baden.

Die Schulkommission der Ersten Kammer beendete am Donnerstag, den 13. Juni in zwei Sitzungen die Beratungen des Fortbildungsschulgesetzes in 1. und 2. Lesung mit der einstimmigen Annahme des Gesetzentwurfes. Die vom Ausschuss angenommene Fassung des Gesetzes entspricht im Wesentlichen den Beschlüssen der Zweiten Kammer. Der in 1. Lesung zu § 13 gefaßte Beschluß, daß die Verpflichtung zum Besuch des Religionsunterrichts mit dem 16. Lebensjahr endet, wurde im Hinblick auf das den 16-Jährigen zutreffende Recht zum Austritt aus der Kirche nicht aufrecht erhalten.

Befähigung des Murgwerkes. Das Ministerium des Innern hatte auf Freitag die Mitglieder der Budgetkommissionen der beiden Kammern des Landtages zu einer Befähigung des Murgwerkes eingeladen. Unter Teilnahme des Staatsministers Freiherrn v. Bodman, der Ministerialdirektoren im Ministerium des Innern, der technischen Räte und der technischen leitenden Beamten begann die eingehende Befähigung mit den Anlagen am Kirchbaumwägen, den Ausgleichboden, dem Stauwehr und dem Einlauf in den Stollen. Nach dem Mittagessen wurden in Fortbach das Wasserloch und das Stolleneinde, dann die Rohrleitung, das Maschinenhaus, das Schalthaus und das unterste Becken mit seinem Wehr und der Niederbrudranlage besichtigt, von der ein Teil in Tätigkeit war. Die Anlagen am Kirchbaumwägen sind fast völlig fertig, der Stollen, das Wasserloch und die Rohrleitung sind bis auf Betonarbeiten fertig, ebenso das unterste Becken auf dem Niederbrudrwerde. Die übrigen Teile des Werkes, an dem zurzeit 1500 Arbeiter beschäftigt sind, sind soweit gefördert, daß mit Sicherheit zu erwarten ist, daß die untere Ausbaustufe des Murgwerkes im Laufe dieses Jahres in Betrieb genommen werden kann. Zu wünschen und zu hoffen ist, daß die Arbeiten an der zweiten Stufe des Werkes nunmehr ungehindert begonnen werden. Das Werk hat in allen seinen Teilen einen vorzüglichen Eindruck gemacht, jedoch die Besucher von dessen Befähigung, die sechs Stunden in Anspruch nahm, aufs höchste befriedigt waren.

Eine badische Wohnungsstagnation. Die diesjährige Hauptversammlung des Badischen Landeswohnungsvereins wird vom 20.-22. Juli in Karlsruhe stattfinden. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Wohnungsfrage soll diese Versammlung zu einer größeren Tagung ausgedehnt werden, in der in ausführlicher Weise die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot besprochen werden sollen. Zu den Vorträgen sind eine Reihe hervorragender Sachkenner genommen worden. Den „Mitteilungen“ des Landeswohnungsvereins, die das ausführliche Programm der Wohnungsstagnation enthalten, entnehmen wir die Namen: Oberbaurat Prof. Stürzenacker, Karlsruhe; Ortsbaurat W. Laßmann; Stadtbauinspektor Dipl.-Ing. E. H. J. Mannheim; Stadtrechtsrat Dr. Neufum-Karlsruhe; Gr. Landeswohnungsinspektor Dr. G. Ramppmeyer-Karlsruhe; Stadtrat Engler-Freiburg. — Am Samstag den 20. Juli wird bei dieser Gelegenheit eine öffentliche Vortragsveranstaltung von Prof. Dr. med. G. Kraft-Baden über „Bevölkerungspolitik und Wohnungsfrage“ stattfinden. Die Teilnahme an der Wohnungsstagnation ist kostenlos. Näheres ist durch die Geschäftsstelle des Landeswohnungsvereins, Karlsruhe, Ministerium des Innern, zu erfahren.

Die Lebensmittelversorgung des Fremdenverkehrs.

Nach einer neuen Verordnung des Ministeriums des Innern haben Versorgungsberechtigter, die ihren Aufenthalt dauernd wechseln (umziehen) oder, ohne den bisherigen Aufenthaltsort endgültig aufzugeben, diesen für länger als 14 Tage verlassen, sich bei der vom Kommunalverband bezeichneter Stelle von der Lebensmittelversorgung abzumelden. Hierbei sind ihnen die Reichsreisekarte, die Reisefarste und die Zuckerkarte zu belassen, ebenso, sofern der neue Aufenthaltsort im Großherzogtum gelegen ist, die Vollmilchkarte; die übrigen Karten sind ihnen in der Regel abzunehmen. Sie erhalten für die laufende Brotkarte auf Verlangen Reichsreisebrotmarken. Versorgungsberechtigter, die ihren Aufenthaltsort vorübergehend wechseln, sind Reichsreisebrotmarken für die Dauer der beabsichtigten Abwesenheit, längstens aber für 3 Monate, auszubehalten und für diese Zeit Kommunalverbandsbrotmarken abzunehmen oder vorzuhaltend; bei einer Verlängerung der Reisebauer sind weitere Reichsreisebrotmarken unter Erstredung der Frist, während deren der Reisende keine Kommunalverbandsbrotmarken erhält, für eine Gesamtbauer der Abwesenheit bis zu drei Monaten nachzugeben. Entfernt sich ein Versorgungsberechtigter für länger als 1 Monat, jedoch für kürzere Zeit als sechs Monate aus dem Kommunalverband seines Wohnortes, so kann er für jeden vollen Kalendermonat der Abwesenheit je eine Zuckerkarte im Voraus durch den Kommunalverband seines Wohnortes beziehen. Erfolgt der Wechsel des Aufenthalts zur Aufnahme in eine Anstalt mit öffentlichem Charakter (z. B. in öffentliche Krankenhäuser, Heilanstalten, Genesungsheime), so sind dem sich Abmeldenden alle Lebensmittelkarten abzunehmen und Reisebrotmarken nicht zu beauftragen. Ausgenommen sind Schenkerarbeiter, die sich in Heilanstalten für Tuberkulose abmelden. Der Leiter der Abmeldebehörde hat sich bei der vom Kommunalverband des neuen Aufenthaltsortes bezeichneter Stelle unter Abgabe der Abmeldebescheinigung anzumelden und erhält von dieser Stelle die Lebensmittelkarten von dem Zeitpunkt ab, bis zu dem er solche noch vom Kommunalverband seines früheren Aufenthaltsortes besitzt oder durch Vorkauf eingekauft ist. Nach Ablauf der Gültigkeit der Reichsreisekarte hat der Kommunalverband des neuen Aufenthaltsortes auch den nur vorübergehend Anmehenden eine neue Karte auszustellen. Unternehmer, welche Fremde beherbergen, sind dafür verantwortlich, daß die bei ihnen wohnenden Fremden ihrer Verpflichtung zur Anmeldung und Abmeldung bei der vom Kommunalverband bezeichneter Stelle nachkommen.

Mchern, 16. Juni. Beim Baden in der Acher ist der Arbeiter Martin Brummer aus Großweier ertrunken.

r. Offenburg, 16. Juni. Der Waldformwirt D. Baumert wurde gestern von einem Verzicht betroffen, was den sofortigen Tod des im schönsten Mannesalter stehenden allebekannten Wirts zur Folge hatte.

Offenburg, 17. Juni. Vor wenigen Tagen ist hier ein Verband der bad. Grabmalgeschäfte gegründet worden. Zum Vorsitzenden wurde Bildhauer Schwab in Lörach gewählt.

Triberg, 17. Juni. Während die Witwe des Glasmerckers Lang bei der Verteidigung ihres im Felde verstorbenen Mannes in Eppirgen weilt, wurde in die Glasmerckshütte eingebracht und die Treibriemen getohlen.

Schweigen, 17. Juni. Die Gendarmerie verhaftete zwei Ausreißer, die in der Nacht zum Samstag aus dem Rejeroc-Lazarett entwichen waren und bei einem Landwirt in Bittersdorf einen schweren Einbruch verübt hatten.

Mannheim, 17. Juni. Da in diesem Jahr für mehrere Tausend erholungsbedürftige Mannheimer Kinder bis jetzt nur 500 Pflegestellen auf dem Lande zur Verfügung gestellt wurden, ist es nötig, in größerem Maße sog. Stadtkolonien während der Sommerferien einzurichten. Es werden 64 solcher Kolonien gebildet, in denen etwa 2200 Kinder unter Aufsicht von Lehrern vier Wochen lang durch Speisung und Spiel im Freien eine Kräftigung erfahren können.

Heidelberg, 16. Juni. Der 17jährige Franz Bachert aus Barmen bei Sinsheim, der hier eine höhere Schule besuchte, ist beim Baden im Redar an der Biegelhäuser Brücke ertrunken. Die Leiche ist noch nicht gelandet.

Berichtszeitung.

Konstanz, 14. Juni. Von der Strafkammer wurde der schon sehr oft vorbestrafte 52jährige Schuhmacher Chr. Schützbach von Ludwigshafen wegen erneuter Diebstähle zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. — Der Kriegsinvalide und Landwirt Peter Hermann aus Sulzbach, welcher während seiner Tätigkeit als Postauswärtiger in Madiszell zwei Verkehrskriege mit 3160 M. Inhalt staß erzielte, von der Strafkammer ein Jahr Gefängnis.

Ein leichtsinniger Schütze. Der Tagelöhner Albert Steurer aus Bühlertal hatte am 4. Mai nachmittags nach 1 Uhr auf dem Heuboden seines Elternhauses im Rinken Saaburg, Gemeinde Bühlertal, Probebüchse aus einem Gewehr abgegeben, das er während seiner Dienstzeit im Felde in französisch-Lothringen gefunden haben will. Die Schüsse gingen ins offene Feld und einer von ihnen traf den in den Reben arbeitenden 10jährigen Karl Friedrich Kuntler tödlich in den Hals. Die Strafkammer in Offenburg verurteilte den Steurer wegen fahrlässiger Tötung zu 9 Monaten Gefängnis.

Eine Milchpanscherin. Das Schöffengericht in Nechl verurteilte die Wälderseherin und Milchhändlerin Jakob Deutel in Regelsburg wegen Milchfälschung zu 100 M. Geldstrafe oder zu 20 Tagen Gefängnis.

Schwere Diebstähle. Der Gelegenheitsarbeiter Heinrich Greil aus Frankfurt a. M. machte in Karlsruhe teilweise unter erschwerten Umständen eine große Anzahl Diebstähle. Dabei fielen ihm zwei Fahrräder, ein Browning, eine Taschenuhr, Ansichtspostkarten in Mappen, ein Zielfernrohr und andere Instrumente in die Hände. Wegen mehrfachen einfachen und schweren Diebstahls wurde Greil zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Wohnungsfrage vor dem badischen Landtag.

Karlsruhe, 7. Juni.

IV.

16. Notwohnungen. Hierzu hat die Regierung bereits Maßnahmen erdört. Sie steht dabei auf dem Standpunkt, daß die Herstellung dauernder Kleinwohnungsbauten der Aufstellung von Baracken, gegen die soziale und hygienische Bedenken bestehen, vorzuziehen ist. Kosten doch die Dreizimmerwohnungen in einem Barackenbau in München 10 000 M. Erstellung, und in Stuttgart werden Barackenbauten, welche die Größe von Wohnbauten haben, die vor dem Kriege in maßvoller Bauweise 16 000—18 000 M. kosteten, auf 20 000—24 000 M. veranschlagt. Nichtsdestoweniger müssen auch Notmaßnahmen, wie die Aufstellung größerer Wohnungen in kleinere getroffen und mußte vor allem auch in Baden schon zur Freigabe von Dachwohnungen geschritten werden. Jeder wurde im letzteren Falle die begründete Bestimmung, daß die Benützung von Dachwohnungen nur auf 4 Jahre genehmigt werden darf, bereits auf 10 Jahre ausgedehnt.

Die Gefahr der Freigabe von Dachwohnungen wurde auch von dem Herrn Staatsminister mit folgenden Worten anerkannt: „Die Dachwohnungen, zumal in solcher Höhe bei einem dicht bebauten Saufie, sind gesundheitlich in mehrfacher Beziehung zu beanstanden, ganz abgesehen davon, daß diese weitgehende Ausnützung der Grundstücke eine weitere Ursache des Anstiegs der Bodenpreise ist. Es ist wohl vielen von Ihnen die Erhebung über die Wohnungsverhältnisse der linderreichen Familien bekannt, wie sie seitens des „Landeswohnungsvereins“ stattgefunden hat. Da ist darauf hingewiesen, wieviele gesundheitlich beanstandete Wohnungen sich unter diesen Dachwohnungen ergeben, insbesondere beanstandete auch wegen Feuchtigkeit, weil eben der Schutz nach oben ein unzureichender ist.“

Das Verlangen der Eingabe, daß es, um Obdachlosigkeit zu hindern, nötig sei, die Verordnung des stellv. General-Kommandos durch ein Rotgesetz allgemein zur Anwendung zu bringen, wonach Eigentümer, Mieter und Verwalter von Häusern im Bedarfsfalle behördlich gezwungen werden können, die ihnen zugetragenen Personen samt ihrer Habe aufzunehmen, wurde von dem Abg. Kurz (Eoz.) dringend bestritten: „Bei uns ist es im letzten Quartalswechsel vorgekommen, daß zwei Familien einfach keine Wohnungen bekommen konnten; wir waren gezwungen, ihnen Wohnungen anzuweisen, die vorher polizeilich gesperrt waren. Die Gemeindebehörde weiß ganz gut, daß geeignete Wohnungen vorhanden sind, aber wir können auf Grund der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen die Eigentümer nicht zwingen, die Obdachlosen in ihre leerstehenden Wohnungen zu nehmen. Es gibt Leute, die ein eigenes Haus besitzen und Räume im Ueberflusse zur Verfügung haben; sie erklären aber, daß sie überhaupt niemand in ihre Wohnungen nehmen. Es gibt einzelne Familien, die eine Villa mit 10, 12, 15 oder 20 Zimmern betreiben; das jetzt bestehende Gesetz ermächtigt aber die Ortsbehörden nicht, ihnen einige der Räume zu nehmen, um irgend einer Familie eine Wohnung zu verschaffen. Man hat so viel Maßnahmen von Seiten der Regierung getroffen, um helfen einzusetzen; ich glaube, ein Rotgesetz in dieser Hinsicht dürfte nicht schaden, damit, wenn unsere Feldgrauen zurückkehren, die draußen Not und Pein ausstehen und für das Vaterland gekämpft haben, wir ihnen nicht mit Barackenwohnungen dienen müssen, sondern dafür gesorgt ist, daß sie wieder anständige Wohnungen in ihrer Heimatgemeinde bekommen können.“

17. Auf die Errichtung städtischer Wohnungsämter, um für die mannigfachen Aufgaben der Gemeinden auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge einen Mittelpunkt zu haben, ist in der Kammer nicht näher eingegangen worden. Ebenso nicht auf:

18. Errichtung eines staatlichen Wohnungsamtes für ganz Baden, analog etwa dem jetzt bestehenden Staatskommissariat für das Wohnungswesen in Preußen.

Schließlich wurden die Anträge, betreffend die öffentliche Verwirklichung von gebrauchten Möbeln, erörtert. Wie bekannt, ist mittlerweile ja ein Schritt auf diesem Wege geschehen, indem der Reumöbelverwertung wurde über die Tätigkeit des „Reumöbelverwerters“, welcher in verschiedenen Städten Zweigstellen ins Leben rufen wird, gesprochen.

Zu Punkt 4 sei noch folgendes ergänzt: Zu dem Verlangen der Stadt Mannheim, daß der Domänenfiskus Gelände der unteren Mühlau für Errichtung zahlreicher Kleinhäuser mit Gärten für Arbeiterwohnungen abgeben sollte, erklärte der Finanzminister: „Ich bin grundsätzlich bereit, dem Wunsch zunächst entgegenzukommen, und zwar mit Rücksicht auf den gemeinnützigen Zweck auch zu angemessenen Bedingungen. Ich bemerke, daß es sich hier um einen Verzicht auf Einnahmen des Fiskus von ganz erheblicher Bedeutung handelt. Wenn wir das betr. Gelände zu einem Preise abgeben wollten, wie die Stadt Mannheim es verlangt, so würde es sich hier um einen Einnahmeverzicht von weit über einer Million Mark für uns handeln. Alle diese Einnahmeverzichte kommen hinzu zu den baren Beträgen, die wir für diese Zwecke geben.“

Diese Ausführungen zeigen, daß die Volksvertreter sich der außerordentlichen Verantwortung bewußt sind, die sie durch ihre tatkräftige Mitwirkungsmöglichkeit bei der Lösung der badischen Wohnungsfrage haben. Die Erörterungen sind noch nicht zu Ende. Mögen vor allem die wesentlichsten Forderungen, die noch ausstehen und deren Erfüllung gerade das Entscheidende ist, nämlich der Ausbau des Enteignungsgesetzes und dann vor allem die Bereitstellung von staatlichen Mitteln direkt an die gemeinnützigen Bauorganisationen, recht bald ihre Erfüllung finden. Bei voller Anerkennung der Leistungen der Regierung wird man doch vor allem gegen Einpruch erheben müssen, daß schroff gerade die letztere Forderung abgelehnt wurde. Wir stehen vor Gefahren im Wohnungswesen, die die Aufbietung von Kräften und Mitteln notwendig machen, wie sie keine Selbsthilfe der Bevölkerung mehr, auch nicht die Gemeinden allein haben. Allein Reich und Staat können — und müssen das — helfen!

Die Regierung ist vollkommen über den großen Bedarf an Wohnungen unterrichtet, wie folgende Ausführungen des Herrn Staatsministers in der Zweiten Kammer beweisen: „Wenn der Herr Abg. Schöpffe gemeint hat, weil da und dort die Bevölkerung infolge der Kriegsverluste zurückgegangen sei, sei eine Minderung des Wohnungsbedarfes eingetreten, so möchte ich das meinerseits bezweifeln. Ich möchte annehmen, daß diese schmerzlichen Kriegsverluste, die wir zu beklagen haben, eine erhebliche Minderung des Wohnungsbedarfes nicht herbeiführen werden. Soweit es sich um unverheiratete Männer handelt, die nicht mehr zurückkehren, würden sie vorläufig in der Mehrzahl Wohnungen wohl nicht in Anspruch genommen haben. Soweit es sich um verheiratete handelt, sind es ja die Familien, die das Wohnungsbedürfnis haben. Jedenfalls ändern die Verluste an der Tatstärke nichts oder nur sehr wenig, daß eben durch vier Jahre hindurch beinahe gar keine Bauten mehr aufgeführt worden sind und daß damit dem fortlaufenden Bedürfnis nach Wohnungen nicht mehr genügt worden ist. In der Tat haben nähere Nachforschungen in den Landgemeinden einzelner Bezirke, wo man auch der Ansicht war, daß ein Wohnungsbedürfnis nicht bestesse, ergeben, daß vielfach auch in rein ländlichen Gemeinden ein solches Wohnungsbedürfnis besteht. So ist z. B. für den Landbezirk Seibelberg durch eine solche Nachforschung ein Bedürfnis von Wohnungen im Werte von etwa 3 Millionen Mark festgestellt worden.“

Wenn in der Öffentlichkeit und der Presse immer wieder auf die Wohnungsnot hingewiesen wird, so soll das keine „Panik“ erzeugen, sondern überall bei den Wohnungsnehmern, bei den Begüterten, bei der Industrie, in den Gemeindeverwaltungen und nicht zuletzt bei der Staats- und Reichsregierung den Willen anspornen, daß mit Beschleunigung großzügige Maßnahmen ergriffen werden. Denn wir wollen nicht nur, daß nach dem Kriege die Wohnungsverhältnisse nicht schlechter werden als vor dem Kriege, sondern daß sie um vieles besser werden; vor allem: daß Kleinhäuser mit Gärten geschaffen werden. Weil gesunde Wohnungen die beste Voraussetzung für den Wiederaufbau der deutschen Volkskraft geben! Vollkommen zu

Theater und Musik.

„Scheiden tut weh“ könnte der Titel des Stückes heißen, das in den letzten Tagen wiederholt auf dem Spielplan des Hoftheaters erschienen ist. Nach Frau von Meduna und Frä. Bruntsch hat nun auch Herr Lütjohann den großen Kreis seiner Freunde und Verehrerinnen noch einmal um sich versammelt und sein Gold in der hebbel'schen Bearbeitung der Volksballade von der Pfalzgräfin „Genoveva“ lieh uns noch einmal die Gestaltungsreise betwundern, zu der sich Lütjohann gerade in den letzten Monaten — man denke an seinen Hamlet oder an seinen Akt im „Söldenwäld“ — wieder durchgerungen hat. Sein Scheiden wird, das steht zu befürchten, auch dem Karlsruher Hoftheater und der Leistungsfähigkeit seines Schauspielers bitter weh tun. Die hebbel'sche Tragödie hatte Herr Baumbach mit dramaturgischem Geschick und künstlerischem Geschmack neuentstaltet und inszeniert, und es wäre zu wünschen, daß sich bei Beginn der neuen Spielzeit Gelegenheit fände, diese Leistung Baumbachs und seiner Helfer am Werk, unter denen sich Frau Ermardt als Genoveva hervorragt, eingehender zu würdigen. — Stürmisch gefeiert wurde Herr Lütjohann auch aus Anlaß seines letzten Vortragsabend im Saale des Gemeindehauses, wo er uns an Hand der Vortragsfolge, mit Andreas Gombius beginnend, durch vier Jahrhunderte deutscher Dichtung führte. An Geibels theatralischen „Tod des Tiberius“ reichte sich Volkmann'sche Lyrik, eine Anzahl von Gedichten aus der Feder Emil Götts kamen wundervoll fein durchbadet zur Wiebergabe und als Interpret unserer Klavier zeigte sich Herr Lütjohann auch im Vortragssaale auf der Höhe seiner zwingenden Kunst. — Wie in Erfahrung gebracht wird, steht gleich bei Beginn der neuen Spielzeit des Hoftheaters ein Gastauftreten sowohl des Herrn Lütjohann als auch des Frä. Bruntsch dort in Aussicht.

Aus aller Welt.

Abgestürzt. Der Hauptmann im schwedischen Generalstab Prilich und der Leutnant Hedemarf haben auf dem Flugplatz Rasmuss durch Absturz den Tod gefunden.

unterstreichen sind die Worte des Herrn Staatsministers: „Ich halte die Frage für eine durchaus ernste und die Aufgabe für eine sehr schwierige. Aber wir dürfen den Kopf nicht verlieren, wir müssen der Aufgabe ins Gesicht sehen und müssen alles tun, was geeignet ist, sie zu lösen; und wenn wir das alles tun, dann werden diese Zustände nicht kommen, die jetzt vielfach befürchtet werden.“

Möge mit allen Mitteln die Gefahr abgewendet werden, daß wir so unvorbereitet in die Uebergangswirtschaft im Wohnungswesen treiben, wie seinerzeit in die Ernährungswirtschaft des Krieges.

Bewerkschaftliches.

Ein erfolgloser Erfolg.

Mit großen Versprechungen gründete der christliche Metallarbeiterverband im Herbst 1917 in Mannheim i. Baden ein Ortsverwalter und einige Zeit vor Ostern traten die Arbeiter der Maschinenfabrik Keller unter Leitung und Führung des Herrn Thelen-Mannheim in eine Bewegung. Daß eine solche für die dortige Arbeiterchaft nicht nötig ist, soll nicht bestritten werden, ist der „Höchstlohn“ doch dort für Hammer- und Dreher 70 Pfg., Schlosser und Dreher haben den Höchstlohn von 65 Pfg., erst bei einem Alter von 40 Jahren! Die Firma selbst „verhandelte“ mittlerweile mit ihren Leuten und bewilligte — 5 Pfg. Lohnerhöhung. Nun sollte der Schlichtungsausschuß angerufen werden, aber Thelen leitete die Sache nicht in die Wege. Auf irgend eine Weise erfuhr nun die Firma aber, daß mit einem solchen Zugeständnis, wie sie gemacht hatte, ihre Leute nie und nimmer sich zufrieden geben. Sie wandte sich nun an den „christlichen“ Metallarbeiterverband und besprach diesem, mit ihm über die Sache verhandeln zu wollen, um sie beizulegen. Diese Verhandlungen fanden am 25. Mai statt und zu denselben war — wohl vorichtiger Weise — nicht Herr Thelen, sondern Herr Gengler-Stuttgart erschienen. Am Abend erstattete er nun in einer Versammlung Bericht. Das Resultat seiner Bemühungen war, daß statt einer Aufbesserung von 5 Pfg. die Firma für Hammer- und Dreher 20 Pfg., für Feuerschmiede 15 Pfg., für Dreher und Schlosser 10 Pfg., für Maschinensetzer 7 bis 8 Pfg., für Frauen 5 Pfg. und für Lehrlinge 2 Pfg. Aufbesserung zusicherte. Die Arbeiter waren über dieses Resultat höchst unzufrieden, betragen doch einschließlich dieser Erhöhung nun die Höchstlöhne der gelernten Arbeiter nur 75—90 Pfg. die Stunde. Sie beschloßen aber nach eingehender Aussprache doch, sich vorläufig damit zufrieden zu geben.

In der Diskussion hatten sie jedoch schon sehr ausdrücklich ihrer Meinung über die Führung und Leitung ihrer Bewegung durch den „christlichen“ Metallarbeiterverband Ausdruck gegeben und nach der Abstimmung stand ein Kollege auf und erklärte: „Kollegen, ich habe jetzt genug von dieser Organisation, ich erkläre meinen Austritt und trete zum Deutschen Metallarbeiterverband über“ und legte seine Mitgliedskarte hin. Ihm folgten alle, restlos alle erklärten sie ihren Austritt und dem anwesenden Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes ihren Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband. Herr Gengler erklärte ein solches Handeln für gemein, unanständig, warf die schwersten Vorwürfe gegen den Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der solche Uebertritte gar nicht annehmen dürfe, der hinterlistig und verräterisch vorgegangen sei. Aber der Herr wurde sehr kleinlaut, als ihm die Anwesenden, die vor ein paar Minuten noch seine Mitglieder waren, auf das Bestimmteste mit aller Deutlichkeit erklärten:

„Daß weder in der Versammlung, noch vorher, weder mit Einzelnen oder mit Meeren, weder schriftlich noch mündlich, der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes auch nicht den geringsten Versuch gemacht hat, sie in irgend einer Weise zum Uebertritt zu bewegen, sondern, daß sie ganz aus eigenem Entschluß, ohne irgend eine fremde Beeinflussung handeln.“

Bezirksleiter Vorhölzer wies kurz und scharf die durch nichts gerechtfertigten Vorwürfe Genglers zurück, die sich ja nur ändern — ebenso unrichtigen — „würdig“ anreihen und sicherte unter förmlichem Beifall der Anwesenden zu, daß ihrem Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband nichts im Wege stehe, dieser aber ihre Interessen sicher ebenso energisch vertreten werde, wie die aller seiner andern Verwaltungen.

Großfeuer in Homburg. Am die Mittagsstunde des 15. Juni brannte die große Lagerhalle der Reg. Konfervenlagar-Gesellschaft vollständig nieder. Das Feuer fand an den aufgestellten Vorräten an Restapparaten, Einmachgläsern, Gumminginen, Verpackungsmaterial usw. reichliche Nahrung. Von dem gesamten Vorrat konnte auch nicht das geringste gerettet werden. In dem Maschinenhaus der Staatsbahn explodierten durch überhitzende Funken einige Dampfkessel und setzten das Gebäude in Brand.

Ein ungarischer Reichstagsabgeordneter wegen Preissteigerung verurteilt. Wie aus Ara gemeldet wird, ist der Reichstagsabgeordnete Madislaus Hamorh wegen Warenverheimlichung und Preissteigerung zu 6 Monaten Gefängnis und 8000 Kronen Geldstrafe verurteilt worden.

Ein Revolverattentat auf einen französischen Senator. Aus Paris wird gemeldet: Ein Steuerbeamter aus St. Omer namens Macau erschien gestern Nachmittag bei einem ehemaligen Senator und Mitglied der medizinischen Akademie Dr. Pozzi. Nachdem er in das Arbeitszimmer geführt worden war, gab Macau drei Revolverkugeln auf Dr. Pozzi ab und erschloß sich dann selbst mit der vierten Kugel. Dr. Pozzi wurde von drei Kugeln getroffen und nach dem Hospital gebracht, wo er alsbald seinen inneren Verletzungen erlag.

„Im Kriege ist alles knapp!“ In einem westpreussischen Landstädtchen, in der Dangiger Niederung, kam jüngst ein Soldat zu einer Bauersfrau und bat sie, ihm ein Pfund Butter zu verkaufen. Die Frau erklärte sich nach längerem Zögern schließlich dazu bereit und verkaufte dem Soldaten ein Pfund Butter für 10 Mark. „Im Kriege ist alles knapp, da muß man nehmen!“ meinte sie, als sie den Preis nannte. Der Soldat, anscheinend mit dem hohen Preis sehr zufrieden, er suchte nun die Bauersfrau, ihm noch ein zweites Pfund Butter zu verkaufen. Auch das geschah. Als nun der Soldat die Butter in Händen hatte und die Bauersfrau das Geld haben wollte, erklärte der Soldat: „Im Kriege ist alles knapp, auch das Geld. Im Kriege muß man nehmen!“ Sprachs und betätigte mit seiner Butter, ohne zu bezahlen.

Die... in die... mittelb... jeden... zu G... dem ra... umstän... Minij... darauf... rigen G... gen mi... öffentli... Los z... auch n... Massen... Zulass... zeuger... unguil... lung b... forgnng... für die... stände... auf der... stellen... durch d... ist, Ob... bevorzu... Smerne... für be... scheinb... die vor... St... De... Dienst... Blut... Walze... Tonfel... /17 Uh... Alles ohne Fleischmarken... W... ten, W... berlauf... führt... Menger... zum... S... Zu... Bad... bring... Geid...

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 17. Juni.

Obstversorgung. Der Stadtrat hat vor kurzem an das Gr. Ministerium des Innern die dringende Bitte gerichtet, auch in diesem Jahre für das Frühobst und das Beerenobst den unmittelbaren Bezug von kleineren Mengen (bis zu 5 Kilo in jedem einzelnen Falle) ähnlich wie in vorigem Jahre wieder zu gestatten, da auf diese Weise weiteren Kreisen der Bevölkerung ermöglicht werde, sich leichter mit Obst — namentlich dem rasch verderbenden Beerenobst — zu versehen, als auf dem umständlichen und langwierigen amtlichen Wege. Das Gr. Ministerium des Innern hat dieser Bitte mit dem Hinweis darauf nicht stattgegeben, daß der Ausfall der diesjährigen Ernte an Frühobst den ursprünglich gebotenen Erwartungen nicht entspreche und daß es daher notwendig sei, bei der öffentlichen Bewirtschaftung des Frühobstes alles Obst restlos zu erfassen und den Märkten zuzuführen, um eine auch nur einigermaßen befriedigende Versorgung der breiten Massen der Bevölkerung zu ermöglichen. Auch die mit der Zulassung des unmittelbaren Verkehrs mit Obst zwischen Erzeugern und Verbrauchern im vergangenen Jahre gemachten ungünstigen Erfahrungen sprächen nicht für eine Wiederholung dieses Verfahrens beim Frühobst. Die „Badische Obstversorgung“ hatte dem auch 2 Pfund in jedem einzelnen Fall für die unmittelbare Versorgung freigegeben. Die Missstände, die aber in der Zwischenzeit beim Verkauf des Obstes auf den hiesigen Wochenmärkten und in sonstigen Verkaufsstellen infolge mangelhafter Versorgung hervorgetreten sind, durch die es einem großen Teile der Bevölkerung nicht möglich ist, Obst einzukaufen, veranlassen den Stadtrat angesichts der bevorstehenden Heidelbeerente an Großh. Ministerium des Innern erneut das dringende Ersuchen zu richten, wenigstens für beschränkte Mengen von Beeren und Obst das Bezugsverfahren wieder einzuführen.

Erhöhung des Kartoffelpreises. Der Verkaufspreis für die vom Kommunalverband (Stadt, Kartoffelamt) an die

Gehaltungen zu liefernden Kartoffeln wird mit Wirkung vom 17. ds. Mts. an von 8 Mk. auf 9 Mk. für den Zentner frei Keller des Verbrauchers (Kleinverkaufspreis 9 Pfg. für das Pfund) erhöht, nachdem die Selbstkosten der eingelagerten Vorräte infolge von Mäusekimen, Schwund und dergleichen entsprechend gestiegen sind.

Zu unserm Artikel „Wo bleiben die Fische?“ schreibt uns ein Weiertheimer Leser:

„In Ihrem Artikel „Aus der Stadt“, in Nr. 135 stellen Sie die Frage „Wo bleiben die Fische?“ Ganz abgesehen von den im Artikel behandelten Seefischen möchte ich Ihnen eine Wahrnehmung mitteilen, die ich als Sportfischer in den letzten Wochen jeden Tag machte. Kam ich morgens oder nachmittags an den Rhein, so fiel mir stets eine große Menge toter Fische auf, die den Strom abwärts trieben, von den kleinen Bachfischen bis zum sechs- und achtpfündigen Spiegelskarpfen. Dies war jedoch nicht nur hin und wieder, sondern jeden Tag der Fall. Es gingen so viele Zentner von Fischen zu Grunde, Schuld kann nur schädliches Abwasser sein. Wie in dem Artikel ganz richtig geschrieben ist, ist heute jeder Fischschwanz zur Volksnahrung von Wichtigkeit, und somit die Fischerei überhaupt Nationalvermögen darstellt, sollten die Behörden etwas mehr gegen die Fabriken vorgehen, welche schädliches Abwasser, anstatt durch Kläranlagen zu leiten, einfach nachts in die Flüsse und Bäche laufen lassen. Denn nur dieses kann schuld sein an dem großen Fischsterben. Ich selbst habe einige Fische untersucht und nichts von den allgemeinen Fischkrankheiten gefunden und ich glaube mir nach 20jähriger Ausübung der Fischerei ein Urteil zugutragen.“ W. H.

Kriegspeisung. Das Kriegspeisungsamt teilt mit, daß in der Zeit vom 1. Juli 1917 bis 31. Mai 1918 täglich durchschnittlich 2285 Liter Essen aus der Stadt. Kriegslüde abgegeben worden sind. Davon sind täglich durchschnittlich 498 Liter für die Schülerpeisung, häftische und private Betriebe und 1787 Liter an den Abgabestellen an die Bevölkerung ausgegeben worden. Der Aufwand für 1 Liter Essen betrug sich in der erwähnten Zeit zwischen 44,9 und 57,1 Pfg. für 1 Liter, im Durchschnitt betrug er 51,9 Pfg.

für das Liter. Seitderlehtmaligen Erhöhung der Preise (1. Juli 1917) wurden für 1 Liter Essen durchschnittlich 35 Pfg. erlöst. Der ungedeckte Aufwand betrug im Jahre durchschnittlich für 1 Liter Essen 19,2 Pfg., wovon die Staatkasse 6,9 Pfg. und die Stadtkasse 12,3 Pfg. trägt. Im Hinblick hierauf und da mit weiterer Erhöhung der Gestehungskosten zu rechnen ist, wurde auf Antrag der Kriegspeisungskommission beschlossen, die Teilnehmerpreise mit Wirkung vom 3. kommenden Monats an zu erhöhen auf: je 40 Pfg. bei Abnahme von 1—3 Liter Essen, je 35 Pfg. bei Abnahme von 4 und mehr Litern.

Vortrag über Papierstoff. Die Reichsbelleidungsstelle Berlin legt Wert auf Aufklärungsvorträge, in welchen alle Kreise der Bevölkerung auf den notwendig werdenden größeren Verbrauch von Papiergarn-Erzeugnissen in geeigneter Weise vorbereitet werden. Dr. Hölcher, Leiter der Erziehungsbildungsstelle der Reichsbelleidungsstelle hat in einer Reihe von Städten derartige Vorträge gehalten. Einer Anregung des Herrn Hölcher folgend, hat das Deutsche Fortschritts-Institut für Textilstoffe, Karlsruhe (Kaiserstraße 24) die Organisation eines Vortrages in Karlsruhe und Mannheim gern übernommen. In Karlsruhe werden die Herren Dr. Hölcher und Dr. Speck (Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Papiergarnwerke) über die Notwendigkeit der Verwendung der Papiergarn-Erzeugnisse für die bürgerliche Bevölkerung sowie über die Verbesserung in der Papiergarnindustrie sprechen. Den Teilnehmern an den Vorträgen wird Gelegenheit gegeben, Papiergarn-Erzeugnisse zu besichtigen. Der Vortrag findet statt am Samstag, den 22. Juni, abends 8 Uhr im großen Saale des Rathhauses. Eintritt frei, reservierte Plätze in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert, Ritterstraße.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 1,86 Meter, gest. 26 Zentimeter; Reß 2,62 Meter, gest. 8 Zentimeter; Maxau 3,95 Meter, gest. 9 Zentimeter; Mannheim 2,86 Meter, gest. 4 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kahl; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Städtisches Konzerthaus. Montag, den 17. Juni 1918, 7/8 Uhr 8839 Der „Rastelbinder.“ Spielplan vom 18. bis 23. Juni. Dienstag, 18. „Die Rose von Stambul.“ — Mittwoch, 19. „Wiener Blut.“ — Donnerstag, 20. „Die Rose von Stambul.“ — Freitag, 21. „Walzertraum.“ — Samstag, 22. Zum erstenmal: „Drei arme Teufel.“ — Sonntag, 23. „Drei arme Teufel.“ Anfang Sonntags 7/8 Uhr, Werktags 1/8 Uhr.

Konsumverein Baden-Baden u. Umg. e. G. m. b. H. Dienstag, den 25. Juni 1918, abends 9 Uhr, im Gartensaal der Brauerei Bleher General-Versammlung Tagesordnung:

- 1. Bericht vom Verbandstag süddeutscher Konsumvereine in Mannheim und vom Genossenschaftstag in Geln.
2. Die Verschmelzung der Konsumvereine Dös und Baden-Baden.
Mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen laden wir unsere Mitglieder hierzu höflich ein.
Der Aufsichtsrat: Dr. Georg Grodded, Vorsitzender.
8836

Papierabfälle jeder Art 8790 kauft zu den höchsten Tagespreisen unter Garantie des Einstampfens S. Nachmann Karlsruhe-Mühlburg Filiale Durlach Sedanstrasse 15. Pfingstrasse 28.

Voile-Kleider und -Blusen Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34

Eine Sendung Rochherde ist wieder eingetroffen. Ernst Marx Luisenstraße 58, Fernruf 3086

Billige Leisten Größe 42—47 bechl. 1 Ml. unbeschl. 80 Pfg. das Paar, Glättleiten z. Strumpfwäcker das Stüd 50 Pfg., so lange Vorrat reicht. Gutgehende Schuhstücke für Haus- und Straßenstühle Preis 40 Pfg. Alles Schuhmaterial für Schuhmacher. Starke Arbeiter- u. Kinderstiefel für Kinderbewilligte sind beim Bad-Frauenverein Schuhfiederei Waldstraße 13 zu haben. 8824 Arbeiter(innen) gesucht.

Schulenklassen 2831 Mädchen für Ausgänge und leichte Hilfsarbeit gesucht. Kronen-Apotheke, Zähringerstraße 43. Hausbursche mit guten Empfehlungen kann sofort eintreten bei Adolf Lindenlaub, Kaiserstraße 191. 8837

Speise-Wirtschaft Sofienstr. 73, Eing. Lessingstr. Heute und folgende Tage frisches Rossfleisch Deutsch Beefsteak Goulaseh und Sauerbraten mit Kartoffeln und Salat Leberwurst u. Fleischwurst u. prima Fleischküchle. Frühstückportion à 80 Pfg. Um gütigen Zuspruch bittet 8842 A. Adler

Papier. Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschaften, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, anzuliefern. A. Braun & Co. 8895

Tüchtig. Werkzeugendreher als Meister in kleine Maschinenfabrik gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an Ingenieur Jakob Eichhorn, Landau, Pfalz. 8807

Frieden der Verständigung. Reichstagsrede von Ph. Scheidemann. Preis 10 Pfg. (Porto 3 Pfg.) Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24 Telephon 128.

Gesucht zum sofortigen Eintritt eine Anzahl fleißiger Frauenn. Mädchen Zu melden beim Portier. Bad. Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Cie. Bannwaldallee 1 und 2. Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen. 8839

Arbeiter u. Arbeiterinnen werden eingestellt. Karlsruhe-Rheinhafen Hansastrasse 20. 8780

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Gefährliche, Jakob Friedrich von Untereberdingen, Bürger hier, mit Luise Fesenbach von Rürnbach, Heinrich Reis von Mehlen, Landwirt in Berlin, mit Rosa Neureuther von hier, Josef Kern von Kreuzlingen, Schneider hier, mit Anna Sommer von Granheim, Adalbert Minuth von Gochs, Kaufmann in Remscheid, mit Mathilde Girardin von hier, Karl Ehlinger von Eternfels, Straßenbahnwagenführer hier, mit Adia Raible von St. Georgen, Wendelin Weindrecht von Detigheim, Maschinenarbeiter in Detigheim, mit Eva Kumbach von Neilingen, Philipp Deizler von Vietigheim, Maschinenarbeiter in Vietigheim, mit Anna Verha Hoffmann von Karlsruhe Weiertheim, David Perlati von Babia, Tagelöhner hier, mit Vertha Vogel von Neuburgweier, Thomas Weiser von Ottenau, Schlosser in Gaggenau, mit Mina Payer von hier, Josef Weikel von Rasmünster, Susschmied in Geln, mit Barbara Fries von Königshofen, Peter Freilingen von Sarmheim, Winger in Sarmheim, mit Luise Gäß, Witwe, von Offenburg. Geburten, Erna Katharina, B. Simon Holzhauser, Konditor, Elsa Gertrud, B. Johann Daferner, Zigarenmacher. Todesfälle, Johann Krebsbach, Ehemann, Fabrikant, 68 J. alt, Johann Striffling, Witwer, Tagelöhner, 42 J. alt, Karoline Schwarzstein, 67 J. alt, Witwe von Israel Schwarzstein, Malbinder, Elisabeth Wagner, 72 J. alt, Witwe von Emil Wagner, Major, Christiana Gärtner, 54 J. alt, Ehefrau von Eugen Gärtner, Gärtner, Ewald Heinrich Hepp, Rentner und Oberleutnant a. D., Ehemann, 73 J. alt, Karl Hauzer, Obermaler, Ehemann, 52 J. alt, Friedrich Badmann, Bureaugehilfe, Ehemann, 30 J. alt, Luise Schreiber, 76 J. alt, ledig, Privatier, Karl Ludwig Weber, Metzger a. D., Ehemann, 78 J. alt, Efriede, 3 J. alt, B. Ernst Göttinger, Vizefeldwebel, Karl Schmitt, Oberleutnant a. D., Ehemann, 70 J. alt.

Email-Geschirre werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 8652 Geschirre-Reparaturanstalt Körnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421.

Kräftige junge Männer als Heizer gesucht. Gesellschaft vorm. G. Sinner Karlsruhe-Grünwinkels 370

Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 17. Juni bis 23. Juni 1918.

- Graupengröße**
1/2 Pfund zum Preis von 36 Pfg. für das Pfund gegen die Marke A Nr. 88.
- Kochfertige Suppen X.**
(eigene Herstellung)
1/2 Pfund zum Preis von 32 Pfg. gegen die Marke B Nr. 88.
- Kaffee-Ersatz**
Kopfmenge 1/2 Pfund. Preis für 1 Paket M. 1.40 gegen die Marke C Nr. 88.
- Marmelade**
1/2 Pfund zum Preis von 46 Pfg. gegen die Marke D Nr. 88.
- Zucker**
300 gr gegen die Zuckermarke Nr. 88.
- Fett**
125 gr gegen die Fettmarken C und D Nr. 88 und zwar in den Fettverkaufsstellen
Nr. 1-50 Dienstag bis Donnerstag
Nr. 51-100 Donnerstag bis Samstag
Nr. 101-200 Samstag bis Dienstag den 25. Juni 1918.
An die Inhaber von F-Marken und in den Geschäften Nr. 5-50, Nr. 66-100 und Nr. 127 bis 200 wird Tafelbutter zum Preis von M. 3.-, in den anderen Geschäften wird Landbutter zum Preis von M. 2.80 für das Pfund abgegeben.
- Speiseöl**
1/10 Ltr. gegen die Haushaltmarke A Nr. 8 und 2/10 Ltr. gegen die Haushaltmarke B Nr. 8.
- Dörrobst (Apfel und Mischobst)**
1/4 Pfund zu M. 1.60, markenfrei.
- Dörrgemüse (Gelbrüben)**
1/4 Pfund zu M. 1.- markenfrei.
- Kindernährmittel**
1 Paket von 250 g zu M. 1.- gegen die Zusatzmarke für Kindernährmittel Nr. 88.
- Fleisch**
225 g (175 g Fleisch und 50 g Butter).
- Kartoffeln**
7 Pfund gegen die Kartoffelmarke C Nr. 88 mit Anhang, für Schwerarbeiter weitere 3 Pfund gegen die Kartoffelzusatzmarken C und D Nr. 88.
- Sauerkraut**
In den städt. Verkaufsstellen und auf den Märkten wird Sauerkraut bis auf weiteres markenfrei abgegeben. Preis 25 Pfg. für das Pfund.

II.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 18. Juni 1918.

Die Abgabe der Fleischmenge erfolgt schon ab Samstag. Die Metzgereischäfte haben die jeweilige Wochenmenge an Fleisch und Butter in ihren Läden durch Aufschlag öffentlich bekannt zu geben.

Wirtschaften, Anstalten und Kantinen haben von jetzt ab ihre Fleischmarken jeweils Donnerstags bis Samstags abzuliefern (nicht mehr Montags bis Mittwoch).

III.

Einlieferungsstellen für Sondermarken (Krankezzusatz- und F-Marken, Versorgung von Mutter und Kind und Zusatzkarten für Kindernährmittel) für die unter I bis 10 aufgeführten Lebensmittel:

Die städtischen Verkaufsstellen Kaiserstraße 74, Kriegstraße 80, Karlstraße 23 und die Filiale der Firma Franke u. Co., Rheinstraße 25. Für Fett ferner die städt. Verkaufsstelle Butter-Wanne, Amalienstraße 29.

IV.

Fett für Abrechnung und Ablieferung der Marken: für Fett jeweils 2 Tage nach Ablauf der Verkaufszeit und für die anderen Waren: Mittwoch, den 26. Juni 1918.

V.

Für die Woche vom 24. Juni bis 30. Juni 1918 sind zur Verteilung vorgesehen:

Beizengrieß 1/2 Pfund	Kindernährmittel
Kochfertige Suppen 1/2 Pfund	Dörrobst
Marmelade 1/2 Pfund	Dörrgemüse
Fett	Fleisch
Eismaschzucker 5 Pfund	Kartoffeln
	Obstwein.

Die beantragten Eismaschzuckermarken für Einzelstehende und Anstalten, soweit sie bewilligt werden konnten, werden rechtzeitig vor der Verteilung von Eismaschzucker ausgegeben.

Karlsruhe, den 13. Juni 1918 8838
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Umzüge

mit
Wickelwagen
und Rollen
besorgt billig



Preiswerte Damen- u. Kinderhutformen

Gruppe	I	II	III	IV	V
	2.50	3.80	5.50	8.50	10.50

Blumen (Tufts u. Ranken)

Gruppe	I	II	III	IV	V
	95	1.60	2.50	3.50	4.50

Hermann Schmoller & Cie.

Schwimmhalle im Friedrichsbad

Jeden Mittwoch u. Samstag, abends von 6-10 Uhr:
Mit Kabinett Männer 20 Pf., Knaben 10 Pfg.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt

Höchst- u. Nichtpreise

gültig für den Verkauf auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt in der Zeit vom 17. Juni bis 23. Juni 1918 einschl.

Gemüse:

Weißkohl	1 Pfund	20*	Pfg.
Wirsing	1	28*	
Spinat	1	30*	
Erbsen, grüne	1	45*	
Karotten	1	40*	
Rüben, gelbe	1	30*	
Rüben, rote	1	30*	

Beim Verkauf von Karotten, Gelb- und Rotrüben muß das Kraut bis auf 10 cm Länge abgeschnitten werden.

Kohlrabi	1 Pfund	30*	Pfg.
Korffalat	1 Stück	12-20	
Nettsch	1 Stück	3-18	
Radieschen, Bund	1 Bund	6-8	
Eiszwirnen und Wiener	1	8-10	
Gurken	1 Stück	100-120	
Spargeln I	1 Pfund	90*	
II	1	60*	
III	1	35*	
Knoblauch	1	18*	
Knoblauch mit Rohr	1	30	
Mangold	1	20	
Schnittkohl	1	20	
Runkelrübenblätter	1	8	

Obst:

Nüßchen	1 Pfund	50*	Pfg.
Erdbeeren	1	30*	
Heidelbeeren	1	55*	
Johannisbeeren	1	40*	
Stachelbeeren	1	42*	

An allen Waren sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.

Das Zurückhalten angebotener Ware ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.

Die mit einem Stern versehenen Preise sind Höchstpreise.

Karlsruhe, den 14. Juni 1918. 8832
Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

Bekanntmachung.

Wir weisen wiederholt auf unsere Bekanntmachung vom 22. Februar 1918 hin, nach welcher Knochen, die in Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten abfallen, so rasch als möglich an den Metzger zurückzuliefern sind, von dem das Fleisch bezogen wird.

Die Knochen müssen unbedingt in gutem Zustande dem Metzger zurückgeliefert werden da sonst kein gutes Fett mehr daraus gewonnen werden kann.

Für das Knochen in gutem Zustand befindlicher Knochen sind dem Metzger vom Metzger 6 Pfg. zu bezahlen.

Karlsruhe, den 14. Juni 1918. 8829
Der Stadtrat.

Autogen-Schweißer und Schweißerinnen

gesucht für dauernde Beschäftigung. 3841

A. Beierle,
Eisen- und Metallkonstruktionswerke
Freiburg i. B.

Browning, Revolver, Flobert,

mit und ohne Patronen, werden angekauft in 3577

Weintauchs
An- und Verkaufsgeschäft,
Kronenstr. 52.

Städt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder und elegante
Wannenbäder.

I., II. und III. Klasse.
Für Herren und Damen
geöffnet Werktags vorm.
7-1 Uhr, nachm. 3-8 1/2
Uhr, Samstags abends
bis 9 1/2 Uhr. Sonntags
geschlossen.
Mittags 1 bis 3 Uhr ge-
schlossen. 2185

Obstabgabe.

Die Obsterte dieses Jahres ist weit geringer als im vergangenen Jahre; namentlich die Kirschenernte ist sehr klein ausgefallen. Auch die Zufuhr in Erdbeeren ist infolge der Trockenheit eine sehr geringe gewesen.

Um das eingehende Obst in richtiger Weise unter die Bevölkerung zu bringen, haben wir etwa 150 Händler zugelassen, denen wir das ankommende Obst täglich zur Verteilung in ihren Verkaufsstellen abgeben. Auf den Märkten wird Obst bis auf weiteres nicht mehr verkauft.

Wir haben ferner verjuchweise angeordnet, daß das zur Verteilung gelangende Obst nur auf die Haushaltmarke abgegeben werden darf und zwar zunächst auf die Haushaltmarke A Nr. 9 höchstens 1 Pfund und auf die Haushaltmarke B Nr. 9 höchstens 2 Pfund. Die Abgabe größerer Mengen ist den Händlern untersagt; ebenso ist das Zurückstellen der Ware verboten.

Wir lassen die Einhaltung dieser Bestimmungen durch Kontrollbeamte überwachen und werden gegen jeden Händler, der unsere Anordnungen überschreitet, vorgehen und ihm die weitere Belieferung mit Obst sperren.

Obst kann selbstverständlich nur insoweit abgegeben werden, als Vorräte vorhanden sind. Der Besitz der Haushaltmarke Nr. 9 gewährt also nicht einen Anspruch auf Lieferung von Obst.

Wir erlauben die Bevölkerung, die erforderliche Ruhe zu bewahren und nicht unnötig Ansammlungen zu bilden. Jeder muß sich darin finden, daß bei knapper Ernte der Bedarf des einzelnen nicht in dem gleichen Umfange gedeckt werden kann, wie dies bei der reichen Ernte im vorigen Jahre der Fall war.

Die Namen der zugelassenen Händler werden wir bekanntgeben.

Karlsruhe, den 15. Juni 1918. 8835
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse in den Fettverkaufsstellen Nr. 284 bis 241 einschließlich, von Montag, den 17. bis Mittwoch, den 19. Juni 1918 einschließlich an die eingetragene Kundenschaft gegen die Lebensmittelmarke J Nr. 88.

Die Kopfmenge beträgt 1/4 Pfd.
Preis 75 Pfennig für das Pfund.
Karlsruhe, den 15. Juni 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kartoffelpreis.

Von Montag, den 17. Juni 1918 ab beträgt der Verkaufspreis für

1 Zentner Kartoffeln 9 Mark.

Karlsruhe, den 14. Juni 1918. 8826
Städtisches Kartoffelamt.

Gesucht

zu sofortigem und späterem Eintritt

Stenotypistinnen

Buchhalterinnen

(keine Anfängerinnen).

Städt. Arbeitsamt 3796.

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe.

Jähringerstraße 100. 2. St.

